Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien. Inland: Jahresabonnement S 150,-; Halbjahresabonnement S 75,-. Ausland: Jahresabonnement S 224,-, Halbjahresabonnement S 112,-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb. Postfach 13, 1042 Wien. Tel.: 0222/57-37-23, Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Telefon: 0222/57-37-23, Journaldienst: Mo-Fr. 18 – 19.30 Uhr.

P b b Erscheint 14-tägig am Donnerstag Preis 5,-

Nr. 23 2. Jg. 10. November 1977

„Bundesspitalfonds": Kriegskasse der Bourgeoisie

Am Mittwoch, den 2. 11., einigten sich Bund, Länder und Gemeinden, auf Initiative und unter Federführung der SP-Regierung zum Problem der „Spitalsfinanzierung": Es wird ein eigener „Bundesspitalsfonds" gegründet. 1,6 Milliarden Schilling werden 1978 in ihn eingezahlt. Das Geld stammt aus der sogenannten „Luxussteuer" (800 Millionen) und den Mehreinnahmen der Sozialversicherung aus der Anhebung der Höchstbeitragsgrundlagen (ca. 810 Mio. S). Der Fonds wird gemeinsam verwaltet von den zuständigen Ministerien, den Bundesländern, dem Städte- und Gemeindebund sowie dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Die Einrichtung „Bundesspitalsfonds" stellt den vorläufigen Höhepunkt einer Serie von Angriffen auf die Sozialversicherung dar.

Über ein Jahr wurde „debattiert", um die „sozialste Maßnahme" ausfindig zu machen. Einmal wurde die Erhöhung der Rezeptgebühr beraten, jedoch als unsozial befunden. Auch der Vorschlag der Anhebung der Höchstbeitragsgrundlagen wurde mehrmals erhoben und wieder eingezogen. Ebenso erging es der Auto-Sondersteuer und dem gemeinsamen Spitalsfonds.

Nach einem Jahr „fruchtbarer Debatte" ist nun nicht die eine oder andere Maßnahme beschlossen worden, sondern alle!

– Kreiskys Vorschlag der Autosondersteuer wurde mit der erhöhten Besteuerung von gewissen Bedarfsgütern mehr als verwirklicht.

– Die Höchstbeitragsgrundlagen werden erhöht. Normalerweise alljährlich mit dem Index. Nun sind sie aber schon mehrmals außertourlich hinaufgesetzt worden. 1973 waren es noch 5.700,- S, ab 1. 1. 1978 sollen es 12.600,- Schilling sein. Bei einem Ministergehalt von 50.000,- oder 100.000,- monatlich fällt das nicht ins Gewicht. In Wirklichkeit soll der großen Masse der Lohnabhängigen noch raffinierter der Schilling herausgezogen und gleichzeitig die Spaltung geschürt werden.

– Die Erhöhung der Rezeptgebühr von 6,- S auf 15,- S wird noch mit einigen Beigaben garniert: Die Medikamentenpackungen werden verkleinert; das Medikamentenangebot wird eingeschränkt. „Bagatellmedikamente" soll man sich selber kaufen. Dieser Gedanke soll sich bei den Werktätigen verankern. Tatsächlich, – hat es noch einen Sinn, beim Arzt zwei Stunden zu warten, in zwei Minuten mit einer Tablette abgefertigt zu werden, wobei man für das Rezept dann mehr zahlt, als die Tabletten selbst gekostet hätten? Die Erhöhung der Rezeptgebühr ist nichts anderes als eine Ausweitung des Selbstbehalts, eine Unterminierung der Krankenversicherung!

Die Gesundheitsversorgung wird jedoch um keinen Deut besser. Die Spitalsbediensteten sollen sich für weniger Lohn noch mehr hetzen lassen. Die Patienten sollen noch schneller zusammengeflickt werden mit noch schlechteren medizinischen Apparaten. Und eine „Rationalisierungskommission" hat – wie sollte es anders sein – einige „Rationalisierungsreserven" festgestellt.

Zu allen diesen schon seit längerer Zeit feststehenden Maßnahmen kommt jetzt der Bundesspitalsfonds hinzu. Mit ihm wird ein weiterer Schritt in Richtung der Sozialversicherung getan. Die Sozialversicherung soll nicht mehr über ihre gesamten Einnahmen verfügen, sondern ein Fonds verwaltet einen Teil davon (Einnahmen aus der Höchstbeitragsgrundlage). Der letzte Funken von Selbständigkeit der Kassen soll zertreten werden. Gleichzeitig lassen sich dann auch die Gelder leichter umwidmen. (Man denke nur z. B. an die zweimalige Zigarettenpreiserhöhung, von diesen Einnahmen hat sich kein Schilling in ein Spital verirrt).

Mit der Einrichtung des Spitalsfonds hat sich der bürgerliche Staat ein Mittel geschaffen, die selbständige Finanzgebahrung der Krankenkassen an einem Punkt aufzureißen.

Das bietet gute Ansatzpunkte für weitere Angriffe. Kreisky hat schon angekündigt, daß für 1978 mit weniger als zwei Milliarden Schilling für diesen Fonds zu rechnen sei. (Wr. Zeitung, 3.11.77). Klar, in dieser Richtung muß man weitergehen! Eventuell kann dann der Staat nächstes Jahr vorschlagen, daß er der Sozialversicherung bei der schwierigen Entscheidung, was mit den Geldern zu tun sei, helfen kann.

Die Kapitalistenklasse giert nach den Geldern der Sozialversicherung. Immerhin handelt es sich um 102 Milliarden Schilling jährlich, das sind über 280 Millionen Schilling täglich! Der bürgerliche Staat tut deshalb alles, um ihnen diese Gelder zuzuschanzen.

Neuerdings geht er daran, direkt auf die Finanzmittel der Kassen Einfluß zu nehmen. Die Sozialversicherungskassen sollen zu Kriegskassen der Bourgeoisie werden. Darin haben die Herrschenden schon Übung. Man denke nur an die Pensionskasse im zweiten Weltkrieg, deren Gelder für die Kriegsproduktion verwendet wurden. Man sieht: Nach wie vor ist der Staat „Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie .... geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse" (Programm des KB, Seite 12).

Aus dem Inhalt:

Es lebe die Große Sozialistische Oktoberrevolution!



Arbeiter und Bauern als Soldaten der Roten Armee in einem Panzerzug. Sie verteidigen die sozialistische Revolution, gegen die ausländischen Interventen und inländischen Reaktionäre. (Siehe den Bericht anläßlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution auf S. 16)

Spaltung und Unterdrückung der Massenbewegung – so soll jetzt die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf gesichert werden

Schon lange nicht sind in Österreich 6.000 Menschen zur Regierung marschiert, um für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu kämpfen – diese Forderungen der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) sind vor allem: Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf! Keine Uranbrennstäbe nach Zwentendorf! Und: Kein Atommüll ins Waldviertel! Keine neuen Probebohrungen im Waldviertel!

Der Widerspruch zwischen dem von Kapitalisten und ihrem Staat seit Jahr und Tag betriebenen Atomkraftwerksprogramm und dem österreichischen Volk ist sehr scharf, was sich mit näherrückender Inbetriebnahme des ersten Atomkraftwerkes deutlich zeigt. Schon die Vorbereitung der Demonstration am 26. Oktober hat innerhalb und zwischen den bürgerlichen Parteien, von SPÖ, ÖVP, FPÖ bis KPÖ starke Differenzen und Widersprüche aufbrechen lassen, Widersprüche im Lager des Gegners als Ausdruck seiner Schwierigkeiten. In ihren Zeitungen und allen Nachrichtenmedien der herrschenden Klasse aber war vor dem 26. Oktober verdächtig einheitliche Totenstille zur Bewegung gegen die Atomkraftwerke, um nach dem 26. 10. einem Schwall von Spaltungs- und Hetztiraden Platz zu machen.

Das Kommando hat der Bundeskanzler gegeben.

Das Ziel der Demonstration und die Taktik der Regierung

Kreisky war – ob er es zugibt oder nicht – unter dem Druck der lange vorbereiteten Demonstration gestanden und aus diesem, aber noch aus einem anderen Grund im Bundeskanzleramt bis zum Eintreffen der Demonstration geblieben: Er hatte sich Chancen ausgerechnet und aus dem Mund der 'Arbeiter-Zeitung' am Vortag erst andeuten lassen, daß er darauf spitzt, Verhandlungen mit dem sogenannten 'vernünftigen Teil der AKW-Gegner' zu führen, die Bewegung an Ort und Stelle auseinanderzudividieren und den entschlossenen Widerstand zu harmlosem Protest in einer kleinen Runde umzufunktionieren. Auf theoretische Debatten, während in Zwentendorf und im Waldviertel vollendete Tatsachen geschaffen werden, hat sich die IÖAG aber schon bei den sogenannten Aufklärungsveranstaltungen im Frühjahr nicht eingelassen. Die Vertreter der Demonstranten, welche am 26. 10. zu Kreisky hinaufgingen, haben sich richtigerweise nicht auf langmächtige Diskussionen eingelassen, sondern klar gesagt, daß die versammelten Menschen daran zu hören wünschten, wie der Bundeskanzler zu ihren Forderungen steht (siehe Bericht der Delegationsmitglieder in dieser Zeitung auf Seite 8). Genau das hatte die IÖAG in ihrem zentralen Aufruf längst vorher bekanntgegeben: „Es ist ..... jetzt an der Zeit, daß wir auf einer großen Demonstration zum Bundeskanzleramt klarstellen,

– daß wir die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf nicht dulden werden;

– daß wir die sogenannte 'Parlamentsentscheidung' als großangelegtes Betrugsmanöver durchschaut haben;

– daß wir die heimliche Anlieferung de Uran-Brennelemente, die in naher Zukun

Fortsetzung

Interventionspläne des französischen Imperialismus gegen Nordafrika

Unter dem Deckmantel der „Sorge" um 13 französische Staatsbürger, die sich in den Händen der POLISARIO, der Befreiungsbewegung für Westsahara, befinden, bereiten die französischen Imperialisten die Intervention in Nordafrika vor. Die Geiselbefreiung der BRD-Imperialisten in Somalia hat ihnen den Mund wässrig gemacht für eigene militärische Abenteuer. Bisher zieht die französische Regierung nur alle Register der imperialistischen Erpressung und Einschüchterung. Gleichzeitig hat sie mit Militärtransporten mehrere hundert Mann einer Spezialeinheit zur Verstärkung ihrer Garnison am Cap Vert in Senegal eingeflogen. Französische Aufklärungsflugzeuge über der Sahara unterstützen die Truppen Mauretaniens und Marokkos im Krieg gegen die POLISARIO. Ohnehin wird die Unterdrückung des saharauischen Volkes mit französischen Waffen betrieben. Der französische Imperialismus redet von „Geiselbefreiung". Die Wahrheit ist: Er will die POLISARIO zerschlagen, die seit Jahren für die Unabhängigkeit und Befreiung der beiden Provinzen Rio de Oro und Saguia el Hamra (ehemals Spanische Sahara) kämpft. Über die tief in der Abhängigkeit Frankreichs stekkenden Länder Mauretanien und Marokko ist der französische Imperialismus an der Plünderung der Phosphatreichtümer in diesen Gebieten interessiert. Die „Geiseln" sind Kriegsgefangene der POLISARIO, weil sie im Sold des französischen Imperialismus direkt an der Ausbeutung und Unterdrückung der beiden Provinzen beteiligt waren. Algerien unterstützt die POLISARIO, wird deshalb von den Imperialisten als „Drahtzieher" bezeichnet und mit dem direkten Überfall bedroht, weil die POLISARIO Stützpunkte auf ihrem Staatsgebiet unterhält. Allerdings steht die französische Bourgeoisie mit ihren finsteren Absichten vor einem Problem: Sie hat es nicht mit einem Häuflein isolierter Flugzeugentführer zu tun, sondern mit einem Volk, das einen gerechten Befreiungskampf führt! Darauf hat die POLISARIO in einer Warnung an die französische Regierung hingewiesen. Auch die nationale Staatspartei Algeriens, die auf eine revolutionäre Tradition im Kampf gegen den französischen Imperialismus zurückblickt, hat die Volksmassen gegen die Interventionspläne Frankreichs mobilisiert; am Wochenende haben Massendemonstrationen in zahlreichen Städten stattgefunden.

Unter dem Druck des von der POLISARIO geführten Befreiungskampfes sah sich Spanien 1975 veranlaßt, diese Kolonie fallen zu lassen.



Die Franquisten „übergaben" das Land an Marokko und Mauretanien, die es „brüderlich" untereinander aufteilten, wobei das schwächere Mauretanien natürlich mit dem kleineren Teil abgespeist wurde. Aber wie es halt so ist, wenn man die Rechnung ohne den Wirt macht: Die POLISARIO kämpfte weiter und bis heute ist es den Invasoren nicht gelungen, das Land wirlich unter ihre Kontrolle zu bringen.

Weil sie die Interessen des Volkes vertritt, ist die POLISARIO auch erfolgreich

Erst Mitte September wurde wieder von schweren Kämpfen an mehreren Punkten des von Mauretanien besetzen Teiles berichtet: Es gelang der POLISARIO, eine mauretanische Einheit in einen Hinterhalt zu locken und 93 feindliche Streitkräfte zu vernichten. Bei gleichzeitigen Kommandoaktionen in Mauretanien selbst fanden laut offiziellem Kommuniqué 13 mauretanische Soldaten den Tod ....

Bei diesem Kampf konzentriert sich das saharauische Volk hauptsächlich auf die Auseinandersetzung im Land selbst, führt aber gleichzeitig Kommandoaktionen mitten im Gebiet des Gegners durch, z.B. 1976 und Juli 1977 Angriffe auf die mauretanische Hauptstadt Nouakchott.

Warum solche Aktionen? Das hat zwei Gründe: Einen militärischen, nämlich die Ausgangsbasen für die unmittelbaren Aggressionen zu treffen und zu schwächen; und einen politischen. Denn der König von Marokko und der Präsident von Mauretanien haben ihren Völkern erklärt, daß das saharauische Volk mit ihrer Invasion einverstanden ist und es nur wenige Anführer gäbe. Die machtvollen Aktionen der POLISARIO beweisen dann deutlich das Gegenteil. Dieser Aspekt ist besonders in bezug auf Mauretanien von großer Wichtigkeit. Es kommt oft vor, daß Einheiten der Front mehrere Stunden eine Ortschaft besetzen, nachdem sie die Garnison ausgeschaltet haben. Dann werden politische Versammlung abgehalten und Diskussionen mit der Bevölkerung organisiert.

So knüpft sich eine tiefe Tradition der Solidarität zwischen dem Volk von Mauretanien und dem der Westsahara. Dies ist besonders wichtig, weil mit dem Andauern des Krieges Mauretanien immer mehr unter die Fuchtel von Hassans Marokko kommt: Militärbasen, Berater, Militärhilfe und der „Vertrag über die gemeinsame Verteidigung" sind Meilensteine dieser Entwicklung. So ist die Souveränität Mauretaniens durch diesen Krieg bedroht und daher im ureigensten Interesse des Volkes dieses Landes, mit diesem ungerechten Krieg Schluß zu machen.

Frankreich hat in diesem Konflikt seine „Neutralität" erklärt. Diese Haltung sieht so aus, daß Giscard Marokko und Mauretanien unterstützt, durch Waffen, durch Techniker und durch Militärexperten. Und bei einer Kommandoaktion in Mauretanien sind solche Leute dann eben in die Hände der POLISARIO gefallen. Die „Neutralität" Frankreichs geht dabei sogar so weit, daß sich die Franzosen bisher stets weigerten, mit Vertretern der POLISARIO über die Freigabe der Gefangenen auch nur zu verhandeln, damit ja nicht der Anschein erweckt würde, Frankreich würde die Front „anerkennen"! Inzwischen müssen sie aber auch schon leiser treten, und am 3. 11. kam es zum ersten Mal zu einer Begegnung zwischen einem Vertreter Frankreichs und einem Regierungsmitglied der Westsahara in Algerien.

Tatsächlich suchen die französischen Imperialisten schon seit längerem einen Vorwand, um sich offen auf die Seite der Invasoren stellen zu können. Als im Juli dieses Jahres der Mauretanische Botschafter in Frankreich einem Attentat zum Opfer fiel, entfalteten die Massenmedien in Frankreich eine wütende Hetzkampagne gegen die POLISARIO und schoben ihr den Anschlag in die Schuhe, obwohl diese ausdrücklich jeden Zusammenhang mit dieser Aktion bestritt.

Der Befreiungskampf in der Westsahara entwickelt sich allen Feinden zum Trotz. Am 31. Oktober konnte die POLISARIO einen neuen Erfolg auf diplomatischer Ebene verzeichnen. Auf einer Sitzung der Kommission für Dekolonialisierung (einer Arbeitsgruppe der 32. UNO-Vollversammlung), sprach Omar Mansur, Präsident der POLISARIO. Er forderte, unterstützt von algerischen Vertreter, die Vereinten Nationen auf, sich für die Selbstbestimmung der Westsahara einzusetzen. 4.11.77

Italien:
Die westeuropäische Bourgeoisie wetteifert in der „Terrorbekämpfung"

„Im entscheidenden Augenblick verweigerte die italienische Regierung die Zusammenarbeit, und nach den Selbstmorden von Stammheim waren die deutschfeindlichen Exzesse nirgendwo schlimmer als zwischen Mailand und Neapel". (Die Zeit v. 28.10.) Das ist das westdeutsche Finanzkapital, welches hier durch den Mund der bürgerlichen Presseschreiberlinge seiner Empörung Ausdruck gibt, daß die italienische Bourgeoisie, trotz der enormen Verschuldung und Abhängigkeit, in der sie sich der BRD gegenüber befindet, es gewagt hat, bei der Unterstützung des deutschen Überfalls auf Somalia zu zaudern.

Ebenfalls gerügt wird die italienische Regierung von Westdeutschland, weil sie es nicht verstehe, hart genug gegen alle jene vorzugehen, deren Protest sich gegen die Praktiken des westdeutschen Staates richtet, der stärker denn je angetreten ist, um den Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung unter dem Deckmantel des Antiterrorismus zu ersticken. Die breiten Protestaktionen der Massen anläßlich der „Kapplerbefreiung" und der „Stammheimer Morde" richtete sich der Hauptsache nach gegen den BRD-Imperialismus und keineswegs gegen das westdeutsche Volk. Genauso richtet sich der Protest direkt gegen die italienische Regierung, die durch ihre Politik dem Ausverkauf des Landes an die großen Imperialisten USA und BRD Tür und Tor öffnet. Erst vor dem Sommer hat sich Italien einen neuen Kredit beim Internationalen Währungsfonds erfeilschen können, natürlich mit beträchtlichen Auflagen, so wie es zwischen stärkeren und schwächeren Imperialisten üblich ist. In dem Dokument, das der italienische Finanzminister Stammati für den Internationalen Währungsfonds unterzeichnen mußte, heißt es abschließend: „Die italienische Regierung wird sich mit dem Fonds (IWF) konsultieren über die Ergreifung jeder Maßnahme, die notwendig wird. In jedem Fall müssen die italienischen Behörden bis April 1978 ein Übereinkommen mit dem Fonds sichern über ihre wirtschaftspolitischen Absichten für die restliche Periode der Vereinbarungen."

Die besonderen Maßnahmen sind unter anderem: Erhöhung der Massensteuern; Tariferhöhungen bei Strom, Gas, öffentlichen Verkehrsmitteln, Zeitungen; als Krönung schließlich die Erfüllung einer alten Forderung der Kapitalisten, die Übertragung eines Großteils der Soziallasten, die bis jetzt von den Arbeitgebern zu bezahlen waren, auf den Staatshaushalt, d.h. auf die Volksmassen. In einem auf die gemeinsame Initiative der Christlich-Demokratischen Partei (DC) und der revisionistischen „Kommunistischen Partei Italiens" (PCI) von allen sechs Parteien des „Verfassungsbogens" beschlossenen Wirtschaftsabkommen, wurde ein dementsprechendes Programm verabschiedet.

Alles zusammengenommen, der Reallohnschwund, die Ausbreitung der unbezahlten Schwarzarbeit, die Zunahme der Arbeitslosigkeit usw., offenbart den wirklichen Grad der Verelendung der Massen.

Die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Raubzug gegen die Volksmassen kann nicht friedlich und gewaltlos vor sich gehen. Blicken wir zurück auf das Jahr '77:

– Die Regierung gibt bei mehreren Demonstrationen in Gestalt ziviler Provokateure Schießbefehl auf Demonstranten. So wurde beispielsweise auf einer Demonstration gegen das Abtreibungsverbot ein junge Demonstrantin getötet.
– Innenminister Cossiga verhängt über Rom für 40 Tage den Belagerungszustand mit generellem Demonstrations- und Versammlungsverbot.
– Eine Reihe von Steuergesetzen wird verabschiedet, ein Gesetz, das unerlaubten Waffenbesitz mit hohen Gefängnisstrafen belegt, sowie eine Aburteilung im Schnellverfahren erlaubt.
– Das Gefängnispersonal wird verstärkt, die Polizei mit modernem Bürgerkriegsmaterial ausgestattet.
– Zahlreiche Mitglieder revolutionärer Organisationen werden verhaftet.

Noch immer zu stumpf ist das Werkzeug zur Niederhaltung der Volksmassen, meint der BRD-Imperialismus und stimmt mit Andreotti ein: „Das Instrument, über welches wir verfügen, also der gesamte Staatsapparat ist veraltet und ineffizient." (L'Espresso, 20. 8.). Jedenfalls will das italienischen Finanzkapital den eingeschlagenen Weg nun rasch weiterbeschreiten, wobei vorrangig an eine Effektivierung der Ordnungskräfte und an eine Reform des Justizapparates gegangen werden soll. Gott sei Dank, meint der Ministerpräsident, gibt es diesbezüglich „wachsende Übereinkunft der Positionen der verschiedenen politischen Kräfte". Wenn es gilt, über Maßnahmen gegen die revolutionäre Volksbewegung zu beraten, da verstummt der Streit der bürgerlichen Parteien, inclusive der revisionistischen PCI.

Debattiert wird gegenwärtig die Änderung des Strafgesetzes, wobei in Zukunft insbesondere folgende Punkte enthalten sein sollen:

Möglichkeit präventiver Haft durch die Polizei für jene, die schwere Delikte vorbereiten, wie einen bewaffneten Aufstand gegen den Staat oder Verwüstungen und Plünderungen vorhaben. Neue Straftatbestände sind vorgesehen v.a. betreffend Zerstörung öffentlicher Einrichtungen. Ein „italienisches Novum", auf das der bürgerliche Staat besonders stolz ist, ist die Einführung der sogenannten „kontrollierten Freiheit". Mit anderen Worten ein Hausarrest, der vorsieht, daß der Häftling anstatt im öffentlichen Gefängnis zu Hause gefangen gehalten wird. Er muß täglich mindestens 10 Stunden zu Hause bleiben, er darf den Wohnort nicht verlassen, er darf nicht autofahren und muß sich periodisch bei der Polizei melden. Auch in Italien läuft das umfassende Projekt zum Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates unter dem Namen „Terrorbekämpfung".

Das ist Terror der Bourgeoisie unter dem Namen „Terrorbekämpfung". Dem beugen sich die Arbeiter- und Volksmassen nicht. Das zeigen die Streiks und Demonstrationen der letzten Woche. Wichtig ist die Stärkung des bewußten Elements in der Bewegung. Die Stärkung der Organisation und Disziplin, damit aus den spontanen Ausbrüchen ein klarer, reißender Strom wird, der das Instrument der Bourgeoisie zertrümmert und an seine Stelle das Instrument der Arbeiterklasse zur Aufrechterhaltung seiner Macht und Niederhaltung der Ausbeuterklasse setzt, die Diktatur des Proletariats.

Budget 1978: 267 Milliarden für den Ausbau des imperialistischen Staates und zur Bereicherung der Kapitalisten

Die Regierung hat den Budgetentwurf 1978 im Nationalrat eingebracht. Er umfaßt 267,7 Milliarden Schilling Ausgaben, das sind 11,2% mehr als die Ausgaben des Bundes 1977.

Der Staat wird auch 1978 wieder einen wachsenden Teil des Bruttonationalproduktes an sich ziehen. Es werden heuer mehr als 31% der in diesem Jahr geschaffenen Produkte sein.

Dieses Budget, das einen neuen Höhepunkt bei der Ausdehnung der Staatstätigkeit bringt, wird von der bürgerlichen Opposition als nicht „sparsam" genug angegriffen.

Tatsächlich entspricht dieses Budget der SP-Regierung den Vorstellungen des österreichischen Finanzkapitals, das ständig die Intensivierung der Wirtschaftsförderung, den Ausbau der inneren Sicherheit und die Erhöhung der Anstrengungen des Staates bei der Verbesserung der Infrastruktur fordert. Vor allem forderte die Industriellenvereinigung die Verringerung der staatlichen Sozialausgaben, den Angriff auf die Sozialversicherung. Und darin besteht ja auch gerade die „Restriktivität" dieses Staatshaushaltes. Das Gerede von der „Restriktivität" ist in der Hauptsache ein ideologisches Manöver der SP-Regierung, um die Arbeiter und Volksmassen für eine Hinnahme einer noch stärkeren Steuerausplünderung und einer außerordentlichen Verschlechterung der Sozialversicherung zu gewinnen. Diese Maßnahme muß die Regierung durchbringen, will sie den Staatshaushalt vor einer Entwicklung, die letztlich in den Staatsbankrott führt, retten.

Die Kapitalistenklasse braucht einen funktionierenden Staatsapparat zur Absicherung und zur Vorantreibung der Verschärfung der Ausbeutung und zur Expansion auf den Weltmarkt. Nur von der entschiedenen Verschärfung der Ausbeutung und vom Ausstechen der Konkurrenten im Handelskrieg erhofft sie sich einen Ausweg aus der Krise, in die die Profitwirtschaft geraten ist.

Wenn die Ausbeutung der Arbeiter in nächster Zeit entschieden gesteigert werden soll, so muß die Konkurrenz unter ihnen gesteigert werden. Der Arbeiterschutz und die Sozialversicherung muß weiter untergraben werden.

*Wenn die Ausbeutung der Arbeiterklasse entschieden gesteigert werden soll, das Land für den Handelskrieg und den imperialistischen Krieg gerüstet werden soll, muß die politische Unterdrückung verstärkt und der Gewaltapparat des Staates und das Heer ausgebaut werden.

* Wenn die demokratische Massenbewegung der Volksmassen untergraben und letztlich niedergedrückt werden soll, muß die Bespitzelung der Massen erweitert werden.

* Wenn die österreichische Bourgeoisie mehr an der Ausplünderung der 3. Welt teilnehmen will, muß sie auch einen größeren Beitrag zu den Versuchen der Imperialisten leisten, dem Vormarsch der Völker und Länder der 3. Welt Einhalt zu gebieten.

* Wenn die Bourgeoisie und das Finanzkapital am Weltmarkt das „Erreichte sichern" und neue Vorstöße machen will, so müssen sie vom Staat finanziell und politisch dabei gestärkt werden.

Alle diese für die Sicherung der Flanken der Expansion des österreichischen Kapitals notwendigen Maßnahmen finden wir im Budget 1978.

* Die Investitionsausgaben des Staates werden heuer 28,3 Milliarden Schilling betragen, das sind die Aufträge, nach denen die Kapitalisten sowieso wild gieren. Die Investitionsförderung des Staates, das ist die direkte Unterstützung der Investitionstätigkeit der Kapitalisten durch den Staat, wird 19,2 Milliarden ausmachen.

Mit beiden Summen finanziert der Staat den Kapitalisten den Ausbau ihrer Infrastruktur. Vor allem aber betreibt der Staat unter diesem Posten die direkte Umverteilung von Lohngeldern in die Taschen des Finanzkapitals. An Zinszahlungen für die zur Deckung der Defizite ausgeliehenen Gelder wird der Staat 10,1 Milliarden an das inländische Finanzkapital und 3,5 Milliarden an das ausländische abführen.

Mit der „Exportförderung" übernimmt der Staat das Kursrisiko der österreichischen Exporteure und versichert ihre Waren gegen politische Risken, wie Revolutionen in den Einfuhrländern.

* An vorderster Stelle bei der Steigerung der Budgetausgaben steht das Innenministerium. Für die Polizei ist eine Erhöhung der Personalausgaben um 10% vorgesehen. Sie dient zur Aufstockung des Personalstandes auf den vorgeschriebenen Stand. Die Werbetrommel für die Polizei wird ja überall gerührt. Im Aufrüstungsplan war im letzten Jahr der Aufbau einer Kraftfahrzeugflotte dran, heuer steht die Ausrüstung der Polizei und Gendarmeriedienststellen und Beamten mit Funkgeräten und Fernmeldeeinrichtungen am Programm.

* Mit dem Ausbau von Polizei und Gendarmerie geht der Ausbau der „Justizanstalten" (Haftanstalten) und der Ausbau des „Justizwachekörpers" einher. Beide weisen mehr als überdurchschnittliche Ausgabensteigerungen auf.

* An der Spitze der Ausgabensteigerung steht der Verteidigungsminister.
Er erhält mehr als 10 Milliarden, um 15,7% mehr als im Vorjahr. Das neue Stellungsverfahren wird erhebliche Beträge verschlingen, der Ausbau der „Luftraumüberwachung d.h., die für die NATO-Luft raumüberwachung nötigen Anlagen u.a. auf der Koralpe sollen rasch weiter gebaut werden. Die Ausbildung eines mittleren Kaderpersonals inklusive der Offiziere auf Zeit für das neue Wehrkonzept der Regierung wird mit diese Mitteln finanziert.

*Voll eingestiegen ist die Regierung in die durch die IEA geforderte Erdölbevorratung zum Zwecke der Erpressung der 3.-Welt und zur Vorbereitung auf den Kriegsfall, diese wird 5 Milliarden verschlingen.

Sozialbudget: Angriff auf die Sozialversicherung

Zuerst ein Blick auf die Zahlen des Budgetansatzes der Sozialversicherung:

Durchschnittliche Steigerung der Staatsausgaben	7–8%
prognostizierte Inflationsrate	5–5,5%
Steigerung der Leistungen zur Krankenversicherung	1%
Senkung der Ausgaben für die Pensionsversicherungen	20%
Steigerung der Ausgaben für die Ausgleichszulagen	4,5%

Wird insgesamt ein entscheidender Schlag gegen die Krankenversicherung geführt (siehe nebenstehenden Artikel), so ist im Budget noch einiges zur Zertrümmerung der Pensionsversicherung verpackt. Wie kommt es zur Senkung der Ausgaben des Staates für die Pensionsversicherung von 20%?

Zunächst wird der Beitrag für alle Versicherten um 0,5% erhöht, was einen weiteren Abzug vom Lohn darstellt. Zusätzlich und das ist fast noch wichtiger, wird ein „Pensionsausgleichsfonds geschaffen, in den alle Pensionsversicherungen ihre Einnahmen aus Beiträgen einzahlen und dann die Mittel zur Deckung ihrer Ausgaben zugewiesen bekommen. Außerdem reduziert der Bund die Ausfallshaftung des Staates für die Pensionen von 101,5% auf 100,5% – das sind immerhin 200 oder 300 Millionen Schilling. Der Bund haftet somit im Falle einer plötzlichen Einnahmenverringerung oder eines vorübergehenden Ausfalles nicht mehr für freiwillige Mehrleistungen der Kassen an ihre Mitglieder. Spart der Bund hauptsächlich durch die Schaffung des Pensionsausgleichsfonds dadurch Geld, daß er jetz die defizitäre Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter mit den Mitteln der Angestelltenversicherung finanziert, so holt er sich auch noch 0,7 Milliarden Schilling aus der Arbeitslosenversicherung, die er damit weiter ruiniert. Alle diese Maßnahmen verhindern die Bildung von Reserven bei den Pensionsversicherungsanstalten und liefern die Sozialversicherung noch mehr dem Staat aus. Es tritt in aller Deutlichkeit die Schädlichkeit der Staatskontrolle über die Sozialversicherung zutage.

„AZ" und der Finanzminister überbieten sich darin, die Bildung des „Pensionsausgleichsfonds, die Heranziehung von Geldern der Arbeitslosenversicherung und die anderen Maßnahmen als Ausdruck des „Solidaritätsprinzips" der gegenseitigen Unterstützung unter den Arbeitenden auszugeben. In Wirklichkeit sind sie ganz infame Angriffe auf die Sozialversicherung. Unter dem Deckmantel der Solidarität betreibt die Sozialdemokratie das Gegenteil: den Abbau des Arbeiterschutzes und die Förderung der Zersplitterung der Arbeiterklasse gegenüber dem Kapital.

Die Pensionserhöhungen liegen in diesem Jahr weit unter dem Index und werden die Lage der Pensionisten außerordentlich verschlechtern. Im Gegensatz zum demagogischen Versprechen der SP-Regierung, die Pensionen 1978 beträchtlich anzuheben, um die „niedrige Erhöhung 1977 auszugleichen", liegt sie sogar unter der von 1977. Die Mindestpensionen (Ausgleichszulagen) werden um 8,1% oder 229,- auf 3.092,- erhöht (1977: 236,- Erhöhung). Die Durchschnittspensionen werden um 6,9% oder 231,- auf 3.529,- erhöht. Damit wird die Verelendung der Rentner, die sich fürs Kapital krank und alt geschuftet haben, inklusive ihrem frühen Tod, weiter vorangetrieben.

Ab heuer müssen alle überschüssigen Einnahmen der Pensionsversicherung in Wertpapieren bei den Banken angelegt werden. Damit sichert sich das Finanzkapital diese Gelder für seine Geschäfte und schränkt die Verfügungsgewalt der Versicherungen noch weiter ein.

Auch die Arbeitslosenversicherung dient dem Kapital als Mittel seiner Bereicherung. Ein Fünftel (1,07 Milliarden) der Beitragseinnahmen, die ebenfalls vom Staat kontrolliert werden, geht in die „Arbeitsmarktförderung", wovon ein Teil den Kapitalisten Lohnkosten erspart und ein anderer Teil direkte Kapitalspritzen für „notleidende Betriebe" darstellt.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung ist nach wie vor äußerst gering und stellt keine Sicherung im Falle der Arbeitslosigkeit dar. Durch die Verschleuderung der Gelder der Arbeitslosenversicherung an die Kapitalisten und durch die Umwidmung ihrer Gelder wird die Versicherung selbst unterhöhlt und sturmreif für den Fall steigender Arbeitslosigkeit gemacht.

Das Budget 1978 stellt einen massiven Angriff auf den Schutz der Arbeiter durch die Sozialversicherung vor der Konkurrenz untereinander und vor der völligen Verelendung im Falle der Krankheit, der Arbeitslosigkeit und des Alters dar. Selbst die Alten sollen noch die Konkurrenz verschärfen, dafür bleibt die Lockerung der Ruhensbestimmungen aufrecht. Die niedrigen Renten sorgen schon von selbst dafür, daß von dieser Möglichkeit des Zusatzverdienstes ohne Renteneinbuße Gebrauch gemacht werden wird.

Neuer Höhepunkt der Steuerausplünderung

Auf der Einnahmenseite beschert das Budget den lohnabhängigen Massen einen neuen Höhepunkt der Lohnsteuerausplünderung von 50,87 Milliarden Schilling bzw. eine Steigerung von 25,4%. Die „Luxussteuer" wird dem Staat einige Milliarden bringen, wobei sich immer mehr herausstellt, daß sie tatsächlich in erster Linie auf die Ausplünderung der breiten Massen abzielt. Die Zahl der echten Luxusgegenstände, die ihr unterworfen sind, nimmt von Erklärung des Finanzministers zu Erklärung ab, während die Verhöhnung der Massen, daß die Autos, mit denen sie in elendslanger Fahrt zu ihren Arbeitsstätten fahren, Luxusgegenstände sind, zunimmt. Der Staatshaushalt lastet – abgesehen von den öffentlichen Tarifen – mit etwa 150 Milliarden Schilling an Steuern auf dem werktätigen Volk.

War von 1976 der Anteil, den das werktätige Volk zur Finanzierung der Steuereinnahmen beiträgt, von 69 auf 73% gestiegen, so wird er heuer zum ersten Mal 75% oder drei Viertel erreichen.

Das Budget 1978 zeigt anschaulich, daß die österreichische Bourgeoisie durch ihre Regierung die politische Reaktion verschärft, daß sie entschiedene Anstrengungen setzt, um auf der Grundlage einer bi zur absoluten Verelendung gehenden Ausbeutung der Arbeiterklasse einen gewichtigeren Platz im imperialistischen System, in der Konkurrenz mit den anderen Imperialisten einzunehmen. Das Budget 1978 zeigt anschaulich, daß die Bourgeoisie sich schon jetzt auf eine bedeutende Verschärfung des Klassenkampfes einstellt und sich auf einen Zusammenstoß mit der Arbeiterbewegung und der revolutionär-demokratischen Volksbewegung vorbereitet.

W. I. Lenin
Staat und Revolution

In diesem Werk legt Lenin die grundlegenden Ansichten von Marx und Engels über den Staat dar, verteidigt diese gegen den Opportunismus und den Revisionismus. Er faßt die Hauptergebnisse der Pariser Kommune und der russischen Revolutionen 1905 und 1917 zusammen. Danach zeigt er die Stellung der sozialistischen Revolution zum Staat:

Die Ablöstung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich. Die Aufhebung des proletarischen Staates, d.h. die Aufhebung jeglichen Staates, ist nicht anders möglich als auf dem Weg des „Absterbens".

168 Seiten, Preis S 5,10
Best. Nr.: 1/1G-743
Zu beziehen über: Firma Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur, Postfach 13, 1042 Wien

---

Neue Adresse der Ortsgruppe Wien

1020 Wien, Krummbaumgasse 1
(Eingang Große Schiffgasse)
Telephon: 35 21 76 (Mo-Fr 18 – 21 Uhr)

Israel: Die Volksmassen bekämpfen die Kriegswirtschaft

Am 28.10. hat die israelische Regierung die Devisenbeschränkungen aufgehoben und die Wechselkurse freigegeben, was sofort eine Abwertung des israelischen Pfund um etwa 45% nach sich zog. Gleichzeitig wurde die Mehrwertsteuer von 8% auf 12% erhöht, sind Preiserhöhungen bei Benzin und Öl verordnet und die staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel gestrichen worden. Bis zum Ende des Jahres werden die Preise um 30 bis 40% ansteigen.

Damit Begin dieses Plünderunsprogramm durchführt, wurde ihm vom IWF (Internationaler Währungsfonds) ein Kredit von 750 Mill.US-Dollar bereitgestellt.

Begin „bringt die Wirtschaft in Ordnung", schreibt die imperialistische Presse. Gemeint ist damit, daß sich die Ausplünderungs- und Einkaufsbedingungen in Israel durch die Abwertung verbessert haben. Die gesteigerte Ausbeutung und Unterdrückung im Innern soll gleichzeitig auch die Zähne des Kettenhundes Israel für die Aggression nach außen schärfen. Auf die Streikbewegung der israelischen Arbeiter haben die Imperialisten deshalb auch erschreckt reagiert.

Die Gewerkschaft Histadruth, die sich fest in den Händen der israelischen Bourgeoisie befindet, wollte ursprünglich mit Kampfmaßnahmen bis 1978 warten, um „die Auswirkungen der Maßnahmen der Regierung abzuwarten". Daraus ist nichts geworden. Streiks der Fernmeldetechniker und Postboten in Tel Aviv, die Docker in den Hafenstädten Aschad und Haifa traten sofort in den Streik. Die Arbeiter in fast allen größeren Industriebetrieben folgten, ebenso Protestveranstaltungen in den Vororten von Tel Aviv. Die Gewerkschaft mußte vollen Lohnausgleich gegen die Regierungsmaßnahmen fordern. Es ist nicht leicht, die Volksmassen für die Kriegsvorbereitungen des Kettenhundes des US-Imperialismus gegen die arabischen Staaten und das palästinensische Volk zu gewinnen. Die Sozialdemokraten in der Sozialistischen Internationale halten sich zur Sicherheit eine „Alternative zur Begin-Regierung" warm. Kreisky bereitet in diesem Rahmen für das Frühjahr 1978 ein „Round-Table-Gespräch" mit Peres, dem Chef der israelischen Arbeiterpartei, vor. Das Volk von Palästina und die arabischen Völker bereiten sich dagegen auf die Zerschlagung des rassistischen Siedlerstaates vor. Dabei können sie sich mit dem Kampf der Volksmassen in Israel verbinden.

Über 212.000 Schilling gesammelt – der 1.Landrover ist bald herinnen

Zügig geht die Spendensammlung voran. Das muß sie auch. Noch müssen 240.000,- S gesammelt werden, um das Spendenziel zu erreichen. Die folgende Aufgliederung der bisherigen Spendenergebnisse, die allerdings z.T. lückenhaft ist, ergibt ein recht gutes Bild über die bereits erreichte Ausdehnung der Aktion:

Wien	
Ortsgruppe Wien	
Zelle Elin	4.124,-
Zelle Waagner-Biro	3.115,-
Zelle AKH	3.582,-
Zellenverband II	5.700,-
Zelle Kapsch	3.007,-
Veranstaltung Wienerberg	7.152,50
Zelle Wertheim	2.000,-
Zelle Hochschule	300,-
Zelle Horny	3.350,-
Zelle Liesing	4.150,-
Ortsleitung	768,-
Sonstiges	1.458,50
Verband Kommunistischer Intellektueller Sektionen	
Neukagran	922,-
Ottakring	2.540,-
Wienerberg	440,-
Tulln	1.013,-
Favoriten	1.500,-
Liesing	800,-
Großfeldsiedlung	2.677,-
Leitung	800,-
Marxistisch-Leninistische Studenten Zellen	
Architektur	3.447,-
Germanistik	1.607,-
Historiker	595,-
Medizin	293,-
Naturwissenschaften	2.455,-
Ökonomik	–
Pädagogik	1.675,-
Philosophie	831,-
Soziologie	150,-
Zentralausschuß der MLS	4.138,-
StRV Pädagogik Wien	300,-
Bisheriger Gesamtstand Wien	*80.420,-*

Steiermark	
Leibnitz	433,-
Graz	4.366,-
Universität Graz	238,-
Knittelfeld	3.293,20
Bisheriger Gesamtstand Steiermark	*33.818,20*
Kärnten	
Villach	2.000,-
Köttmannsdorf	513,15
St. Veit	40,-
Hochschule Klagenfurt	174,30
Phillips	8,-
Oktober-Arena	28,-
Slowenische Freunde	400,-
Fischlsiedlung	175,80
Bisheriger Gesamtstand Kärnten	*10.921,95*
Tirol	
Kufstein	502,-
Universität Innsbruck	518,30
Technische Hochschule	200,-
Kundgebung Goldenes Dachl	550,-
Imst	873,-
Olympisches Dorf	225,30
Kinderfest Innsbruck	1.793,70
Zentrale Veranstaltung der OG Innsbruck	11.265,20
Bisheriger Gesamtstand Tirol	*26.925,37*

Salzburg	
Zentrale Veranstaltung der Ortsgruppe	2.308,-
Kundgebung in Salzburg Innenstadt	275,-
Veranstaltung mit der Kath. Hochschulgemeinde	875,-
Kundgebung bei Bleckmann	155,-
Diskussionsveranstaltung des MSB	415,-
Bisheriger Gesamtstand Salzburg	*13.389,60*
Oberösterreich	
Vorchdorf	361,-
Zelle EBG/Linz	135,-
Jugendzentrum Bischofstraße	200,-
Zentrale Veranstaltung der Ortsgruppe	2.401,-
Sportfest	600,-
Zelle ÖBB	1.000,-
Zelle Schiffswerft	2.999,-
Zelle Quelle	7.447,-
MLS	5.000,-
Ortsleitung	2.054,-
Bisheriger Gesamtstand Oberösterreich	*22.197,-*
Zentrale Einheiten des KB	*25.308,39*
GESAMTSTAND 7.11. 1977:	*212.980,51*

UNI Salzburg: Grußadresse an das Volk von Zimbabwe

„Weil wir wissen,
– daß das Volk von Zimbabwe seit 80 Jahren vom Kolonialismus unterdrückt wird,
– daß eine rassistische weiße Minderheit das Land, die Reichtümer und die Macht an sich gerissen hat und sie mit brutaler Unterdrückung verteidigt,
– daß das Volk von Zimbabwe seit Jahrzehnten den Kampf führt und vor 11 Jahren den 2. Chimurenga (den bewaffneten Befreiungskampf) aufgenommen hat,
– daß dieser Kampf gerecht ist, weil er sich gegen den Imperialismus richtet,
– daß der Imperialismus auch der Feind der österreichischen Arbeiter und des österreichischen Volkes ist,
unterstützen wir das Volk von Zimbabwe und seine Führung, die Patriotische Front entschieden und wünschen dem Genossen Chitando viel Erfolg für seine Rundreise.

Wir rufen alle Kollegen auf, einen Beitrag zu leisten, damit die 450.000,- öS für die zwei Landrover zustandekommen!"

Dieser Beschluß ist äußerst begrüßenswert, weil er zeigt, daß der Zusammenschluß der Studenten bei der revolutionären Unterstützung der Völker Fortschritte macht. In der STRV sitzen, neben einem Genossen des MSB, auch Vertreter des VSStÖ und des KSV. Bekanntlich haben diese Organisationen bisher nichts unversucht gelassen, die Spendensammlung des KB und den Kampf des Volkes von Zimbabwe zu diffamieren. Jetzt sind sie schon gezwungen, den Schwanz einzuziehen, um sich nicht völlig zu entlarven.
Red.



Der Imperialist: *Was siehst Du?*
Breshnew: *Auch in Albanien herrschen Unwetter, aber erstaunlich – die Pläne sind übererfüllt.*

Albanische Kunst – Waffe im Klassenkampf

Anfang November besuchte eine albanische Folkloregruppe Österreich. Auf drei Konzerten in Graz, Linz und Wien stand sie im Mittelpunkt der 10-Jahres-Feier der Österreichisch-Albanischen Gesellschaft. Etwa 800 Menschen waren von dem Querschnitt durch die albanische Volksmusik, den das Staatsensemble darbot, begeistert. Allein in Wien nahmen 500 Zuschauer daran teil.

Die Lieder beeindruckten vor allem durch die Verbindung von Reichtum und Originalität der nationalen Volkskunst mit fortschrittlichen Inhalten, Realismus und Parteilichkeit. In ihnen kommen die Erfahrungen des albanischen Volkes im historischen und gegenwärtigen Kampf um Unabhängigkeit und Sozialismus zum Ausdruck.

Die Freude über das Erreichte, die Einheit des Volkes, die Verbundenheit mit der kommunistischen Partei und ihrem Führer Enver Hoxha, das unerschütterliche Vertrauen in die Zukunft, in den Sieg des Kommunismus in Albanien und in der ganzen Welt, die enge Verbundenheit mit der internationalen Arbeiterklasse und den unterdrückten Völkern spiegeln sich in kraftvollen Liedern wieder, die im Volk, in den Gesangsgruppen der Betriebe, Genossenschaften, Kulturhäuser und Schulen ständig neu entstehen. Das albanische Volk kann mit Recht auf diese Lieder stolz sein. Sie sind ein in Österreich noch wenig bekannter, aber kostbarer Beitrag zu Schatz der fortschrittlichen Weltkultur.

Eine Ausstellung albanischer Karrikaturen war und ist in mehreren österreichischen Städten zu sehen (bis zum 26.11. in Linz, Stadtmuseum). Die Zeichnungen enthüllen in einfacher Form das Wesen der Feinde im Inneren Albaniens, die bürgerlichen Bürokraten und andere Elemente, die zum Kapitalismus zurück wollen, und sie enthüllen auch die Verfaultheit des Imperialismus, insbesondere die Aggressivität der beiden Supermächte, deren Rivalität auf einen neuen Weltkrieg zutreibt.

PädAk Wien

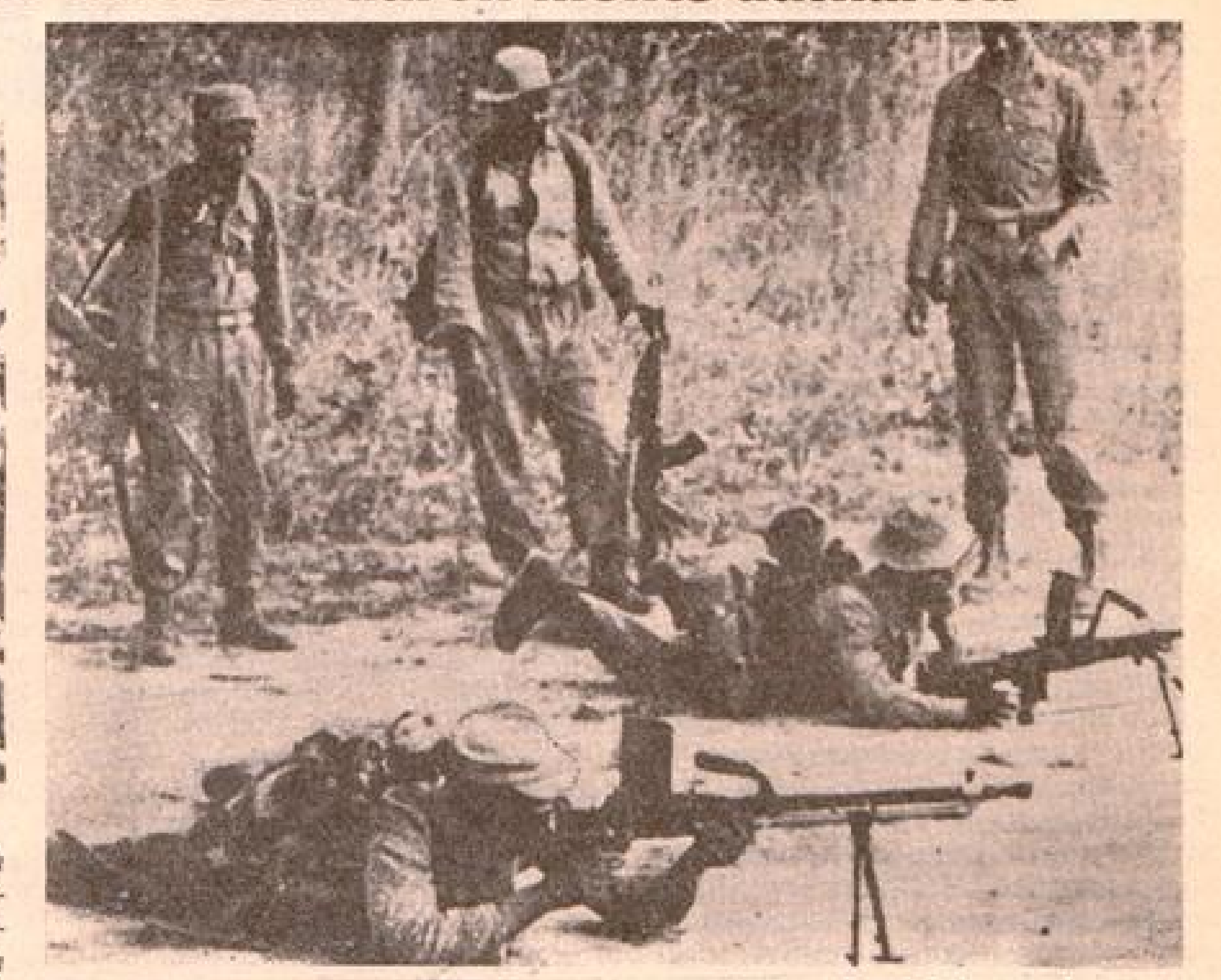
Die Studentenvertretung der Pädagogischen Akademie fordert alle Studenten der Pädak auf, die Zimbabwe-Spendensammlung zu unterstützen. Die Studentenvertretung spendete selbst einen Betrag von S 300,-. Zelle Pädak, MLS Wien

Dornbirn/Vorarlberg

Wir führten am 30.10. eine Zimbabwe-Veranstaltung mit Genossen Chitando durch. Anwesend waren 19 Personen. Der Vortrag des Genossen Chitando war äußerst lehrreich und informativ. Gesammelt wurden über 900.- S. Für uns war diese Veranstaltung ein Ansporn, die Spendensammlung noch aktiver als bisher weiterzuführen.

Der Sieg der Völker von Zimbabwe läßt sich durch nichts aufhalten





Die Patriotische Front führt den bewaffneten Volkskrieg, weil nur durch den bewaffneten Volkskrieg der Sturz des kolonialistischen Smith-Regime herbeigeführt und alle ausländischen Imperialisten aus dem Land gejagt werden können. Warum sollte das Volk von Zimbabwe die Waffen aus der Hand legen, wie es die Imperialisten wollen? Noch ist die Bastion nicht geschleift und bis dahin sind Waffen nötig.

Kreisky hat auf einer Versammlung in Graz erklärt: „Ein paar Autos hinunterschicken, das ist ja nichts. Wichtig ist der Bau von Fabriken und Eisenbahnen." So wie die VÖEST, die dem Smith-Regime ein Stahlwerk hingestellt hat. Kreisky ist ein wahrer Internationalist. Er versucht mit allen Mitteln, den Imperialismus im Südlichen Afrika vor dem Ansturm der Völker zu retten. Auch durch österreichische UNO-Truppen, wenn das von den beiden Supermächten gewünscht wird. Kreisky ist ein imperialistischer Internationalist.

Das bringt auch den Klassenkampf in Österreich voran. Gegen die sozialimperialistische und sozialchauvinistische Hetze der österreichischen Bourgeoisie und ihrer Regierung: Gemeinsam mit dem Volk von Zimbabwe gegen den Imperialismus! Gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Gemeinsam für den Sozialismus!

Die österreichische Bourgeoisie sieht das nicht gerne. So etwas ist Zersetzung des Volkes. Entsprechend versucht sie, die Spendensammlung zu behindern. Durch Polizeieinsätze wie in St. Veit, durch die KPÖ, die sich nicht entblödet, den Vertretern der Patriotischen Front Bedingungen stellen zu wollen („nur wenn schriftlich bestätigt wird, daß die Sowjetunion die Hauptkraft in der Unterstützung ist, spende ich", Bezirkssekretär Knittelfeld).

Der Klassenkampf kommt voran, wenn sich Freund und Feind klarer unterscheiden. Das ist in Zimbabwe so, das ist auch in Österreich so.

Für Mitte Dezember plant der KB eine zweite Rundreise mit Vertretern der Patriotischen Front. Die Zeit dahin gilt es zu nutzen für eine breite Offensive gegen den österreichischen Imperialismus: In bezug auf Verbreitung der Wahrheit über den Befreiungskampf in Zimbabwe; in bezug auf Verbreitung der Wahrheit über die Rolle der österreichischen Imperialisten im südlichen Afrika; in bezug auf die gemeinsamen Interessen des österreichischen Volkes und des Volkes von Zimbabwe; in bezug auf die Spendensammlung.

Psychiatrisches Krankenhaus Baumgartner Höhe: Bedienstete führen Zimbabwe-Spendensammlung weiter

Unter zahlreichen Bediensteten unseres Krankenhauses fand die Spendensammlung „2 Landrover für Zimbabwe" ein großes Echo.

Schon Anfang Oktober waren zu einer der Solidaritätsveranstaltungen der Wiener Ortsgruppe des KB 15 Bedienstete des Krankenhauses ins Albert-Schweizer-Heim gekommen. Sie haben ihre Unterstützung für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe durch Beiträge zu den Tombolapreisen und durch Spendenbeiträge von über 1.140,- S Ausdruck verliehen.

Angespornt durch diese Veranstaltung, die ihnen die gerechten Ziele des Befreiungskampfes noch weiter verdeutlicht hatte, führten einige Bedienstete auf einem „Fest" von Krankenpflegeschülern vom „Steinhof" selbständig eine Sammlung für die 2 Landrover durch. Das Spendenergebnis in der Höhe von 660,- wurde unter dem Applaus aller Anwesenden bekanntgegeben. Das Geld wurde dann einem Genossen des KB zur Weitergabe an die zentrale Spendenkasse übergeben.

Zelle AKH/Stützpunkt Steinhof

Lehrlinge sammeln für 2 Landrover

Aktivisten der Spendensammlung „Zwei Landrover für Zimbabwe" und Freunde des Befreiungskampfes – durchwegs Lehrlinge einer Innsbrucker Buchhandlung – haben in ihrem Betrieb bisher 800,- S für die Patriotische Front aufgebracht! Damit wurde das von den Aktivisten auf einem Lesekreis unserer Zelle beschlossene Spendenziel von S 500,- bereits um 300,- S überboten! Dieses ausgezeichnete Ergebnis zeigt die große Sympathie und entschlossene Unterstützung, die das kämpfende Volk von Zimbabwe besonders unter Jugendlichen findet. Dabei ist für diese Lehrlinge die Sammlung noch nicht gelaufen: Einer beabsichtigt schon in Kürze, die Dias zum Befreiungskampf in seinem Freundes- und Bekanntenkreis aufzuführen und dort weitere Kollegen zur Unterstützung der Spendensammlung zu gewinnen.

Zelle Steinbock Innsbruck

Graz: Haussammlungen sind ein gutes Mittel

Die Zelle SGP der Ortsgruppe Graz sammelte bisher bei zweimaligen Auftritten zu Zimbabwe im Stadtteil Neuholdau über 200,- innerhalb von 4 ½ Stunden. Als besonders erfolgreich und günstig erweist sich, daß wir Haussammlungen durchführen. Wir haben ein paar Tage vor Beginn der Haussammlungen ein Flugblatt mittels Postwurf verteilt, in dem die Gründe für die Spendenaktion erläutert werden. So bekamen wir zum Beispiel in einer halben Stunde knapp über 60,- S zusammen. Die Summe insgesamt erhält besonderes Gewicht, da viele Menschen spendeten. Vor allem Arbeiter, Hausfrauen und Pensionisten, die wirklich mit jedem Schilling knausern müssen, gaben Geld. Damit wird deutlich, daß die bürgerliche Hetzpropaganda der österreichischen Massenmedien gegen das Volk von Zimbabwe bei den österreichischen Massen nicht verfängt, ihr mit den Spenden klar entgegengetreten wird!

Zelle SGP/Ortsgruppe Graz

Innsbruck: Das „Imperialisten-Kolonialisten-Rassisten Raus- aus Zimbabwe"-Spiel

Auf einem Kinderfest der Ortsgruppe Innsbruck im Rapoldipark:

Besonders großen Anklang fand das von einem Genossen gebastelte „Imperialisten-Kolonialisten-Rassisten-Raus-aus-Zimbabwe" Spiel. Auf dem Boden wird eine Platte mit den Umrissen von Zimbabwe, bemalt mit den Farben der Fahne des Befreiungskrieges (Durchmesser ca. 1 m) aufgelegt. Darauf werden verschieden bemalte Klötze aufgestellt; jede Farbe steht für eine bestimmte Punkteanzahl. Sie stellen die Feinde des Volkes dar, z.B. Ian Smith (25 Punkte), Callaghan, Carter, Breshnew (je 20), die Creditanstalt, VÖEST, Steyr (je 10) usw. Aus einer Entfernung von rund 5 m (für Kinder rund 2 m) wird mit Scheiben geworfen: wir haben aus Faserplatten ausgeschnittene Scheiben mit ca. 15 cm Durchmesser verwendet, man kann genausogut richtige „Watschele"-Platten (ein altes Trioler Spiel, das die Grundidee für das Spiel lieferte), oder auch Boccia-Kugeln verwenden. Jeweils 2 Spieler treten, gegen einen Einsatz von 10,- S in die Spendenkasse, gegeneinander an; wer mit 5 Würfen eine höhere Punktezahl herausschießt, hat gewonnen und spielt (gratis) gegen den nächsten Gegner weiter. Das Spiel brachte über 500,- S in die Spendenkasse, und war immer von einem dichten Haufen von Zuschauern umlagert; jeder erfolgreiche Wurf wurde bejubelt, der Rekordwurd (mit einem Schuß Ian Smith, Carter und die Creditanstalt hinausgeworfen) wurde stürmisch gefeiert.

OG-Innsbruck

Zwei Maurer aus Innsbruck berichten

Vor einigen Jahren ist ein Bekannter von uns aus Murau, Steiermark nach Südafrika ausgewandert. Regelmäßig, fast alle zwei Wochen hat er seinen Eltern geschrieben. Auch meiner Schwester. Nach etwa einem Jahr schrieb er, daß er sich in ein Mädchen verliebt hatte. Deren Verbrechen war es allerdings, daß sie eine Mulattin, ein Mischling war. Schon sein nächster Brief kam aus dem Gefängnis, wo er für sein „Verbrechen" büßen mußte, sich mit einer Farbigen eingelassen zu haben. Der Brief war völlig zensuriert und ganze Zeilen waren unleserlich gemacht. Was die Behörden jedoch keineswegs verheimlichen wollten und im Brief auch nicht zensurierten, ist der Grund seiner Haft: die „Rassenschande". Offenbar als Abschreckung für andere Weiße. Wie wir unseren Bekannten kennen, hat er sich auch im Gefängnis dieser Ungerechtigkeit widersetzt. Kein Wunder, daß seither keiner mehr ein Lebenszeichen von ihm gehört hat.

Ein anderer Bekannter von uns, ein Tischler aus der Südsteiermark, ist mit einem kleinen Erbteil nach Südafrika ausgewandert. Nach einem halben Jahr hat er sich selbständig gemacht und hat eine kleine Tischlerei aufgemacht. Nach einem weiteren Jahr wurde er innerhalb von Tagen des Landes verwiesen. Der Grund war: Er hatte seinen schwarzen Arbeitern bessere Arbeitsbedingungen gegeben, als erlaubt ist. Er hatte sie besser bezahlt, ihnen Arbeitskleidung geboten und hatte mit ihnen auch privaten Umgang. Einige haben bei ihm gewohnt, was am schlimmsten zählte. Sein Verbrechen war also, sie halbwegs als Menschen behandelt zu haben.

Beide Beispiele zeigen: Die Unterdrükkung in Südafrika ist nicht nur gegen die Schwarzen gerichtet. Unterdrückt wird jeder, der die Ausbeutung und Entrechtung der Schwarzen stört oder sich nicht als Handlanger der Kolonisten hergibt. Weil das in Zimbabwe auch so ist, unterstützen wir die Spendensammlung für die ZANU. (Die Kollegen spendeten 150 Schilling.)

Innsbruck

Interview mit einem Kandidaten der Liste AKTIONSPROGRAMM

PV-Wahlen: „Die Forderungen der Eisenbahner in den Vordergrund stellen"

K(lassenkampf): Habt Ihr die notwendigen 100 Unterschriften für die Kandidatur erreicht?

(Kollege) N.N.: Nein, trotzdem kann man nicht sagen, daß wir unser Ziel nicht erreicht haben. In unserem ersten Flugblatt haben wir über die Bedeutung der PV-Wahlen für uns Eisenbahner gesagt: Sie besteht darin, „daß wir uns einig werden, welche Forderungen gegenüber der Verwaltung durchgesetzt werden müssen, und daß wir die Kandidaten und Listen danach beurteilen, wie sie zu diesen Forderungen stehen." Dabei haben wir schöne Erfolge erzielt, das kann man jetzt schon sagen.

K.: Woran zeigt sich das?

N.N.: Wir haben in unseren Flugblättern Zuschriften von vielen Dienststellen aller Direktionsbereiche abdrucken können, in denen unser Programm unterstützt und Forderungen für den Dienstbereich aufgestellt wurden. Unsere Forderungen und unsere geplante Kandidatur hat spontan große Zustimmung unter der Kollegenschaft hervorgerufen. Das zeigt vor allem einmal die Tatsache, daß einige Forderungen der Kollegen, die von uns an den Dienststellen aufgegriffen wurden, von der Verwaltung sofort verwirklicht werden mußten. Das zeigt weiters die Tatsache, daß in verschiedenen Dienststellen, zu denen wir keine organisierte Verbindung gehabt haben, unsere Flugblätter von den Kollegen selbst verbreitet und aufgehängt wurden. Nicht zuletzt ist es ein Beweis für die breite Debatte über unser Aktionsprogramm, daß die SP- und KP-Fraktion, vor allem in Wien und Linz, sich in ihren Zeitungen und Flugblättern mit unserer Liste beschäftigen mußten.

K.: Wie hat diese „Beschäftigung" ausgeschaut?

N.N.: Sie haben sich natürlich nicht offen gegen unsere Forderungen ausgesprochen, denn diese Forderungen werden von vielen Kollegen für völlig richtig befunden. Sie haben sich hauptsächlich auf Verleumdungen beschränkt und uns wechselseitig als „Gründung" der jeweils anderen Fraktion bezeichnet. Die verschiedensten Gerüchte, Bedrohungen und Einschüchterungsmaßnahmen durch die Verwaltung sind großteils direkt durch Mitglieder SP-Fraktion betrieben bzw. unterstützt worden.

K.: Wenn die Zustimmung für Euer Auftreten so groß war: Wieso habt Ihr die erforderlichen Unterschriften nicht erreicht?

N.N.: Einer der wichtigsten Gründe ist natürlich die massive Einschüchterungskampagne gegen Kandidaten und gegen Kollegen, die ursprünglich bereit waren, unsere Liste zu unterstützen. Viele Kollegen machen Kurse, haben Wohnungen von der ÖBB, sind noch nicht fix angestellt, wollen aufsteigen, usw. – und es wurde ihnen klargemacht, daß sie im Falle einer Unterstützung unserer Liste mit Schwierigkeiten rechnen müssen.

K.: Habt Ihr damit nicht gerechnet?

N.N.: Sicherlich. Obwohl einige von uns selbst vielleicht nicht geglaubt haben, daß es so weit gehen wird, daß z.B. die Polizei geholt wird, um die Verbreitung unserer Flugblätter am Südbahnhof in Wien zu verhindern. Oder daß an einer Dienststelle in Innsbruck den Kollegen von der Verwaltung die Flugblätter abgenommen werden, damit sie sie nur ja nicht einmal lesen können. Aber darüber hilft kein Jammern. Mit dieser Unterdrückung müssen wir weiter rechnen, sie wrid eher ärger werden. Das kann nicht der ausschlaggebende Grund sein, sonst hätte sich – und das gegen eine weit schärfere Unterdrückung – nie eine Arbeiterbewegung entwickeln können.

K.: Was war dann der ausschlaggebende Grund?

N.N.: Die Kollegen kennen uns als einzelne zwar schon längere Zeit, als Liste mit einem Programm sind wir aber erst ganz kurz aufgetreten, an manchen Dienststellen eben das erste Mal. Man kann die Kollegen, die schon so viele schlechte Erfahrungen und Enttäuschungen erlebt haben, nicht von heute auf morgen so tiefgreifend überzeugen, daß sie bereit sind, für ihre Haltung auch persönliche Nachteile und Schwierigkeiten im Beruf in Kauf zu nehmen. Wir müssen sozusagen erst beweisen, daß es gar keinen anderen Ausweg für die Eisenbahner gibt, wenn sie nicht immer schwerere Angriffe hinnehmen wollen. Für die Kollegen ist das kein leichter Schritt: Er bedeutet zu erkennen, daß wir von dieser staatlichen Verwaltung letzten Endes nichts anderes zu erwarten haben als jeder andere Arbeiter von einem privaten Kapitalisten: Noch stärkere Ausbeutung unserer Arbeitskraft; Löhne, die hinter den Lebenskosten hinterherhinken; und als Draufgabe noch die Beschimpfung als Schmarotzer auf Kosten des Steuerzahlers, als Schuldige an der Misere des Staatshaushaltes, bei denen fest eingespart werden muß.

K.: Es haben aber doch eine ganze Reihe von Kollegen den Schritt gewagt und unterschrieben. Was geschieht mit diesen Unterschriften?

N.N.: Wir werden sie natürlich nicht einreichen, um die Kollegen nicht zu gefährden. Wir werden aber die zahlreichen angeknüpften Kontakte benützen, um im Interesse der Eisenbahner weiterzuarbeiten. Jeder Kollege, der für das Aktionsprogramm weiterhin eintritt, jeder Kollege, der auf seiner Dienststelle als entschlossener Vertreter der Forderungen der Bediensteten auftritt, ist ein Gewinn für die Sache der Eisenbahner. In diesem Sinn werden wir weiterarbeiten, dazu haben wir uns von Anfang an verpflichtet und das haben sich mit Recht auch die Kollegen von uns erwartet.

K.: Soll das nur an den Dienststellen geschehen?

N.N.: Das Wichtigste sind die Dienststellen. Aber wir planen auch, weiterhin unsere Flugblätter herauszugeben und darin allen Kollegen die Möglichkeit zu geben, über die Probleme an ihren Dienststellen und der Eisenbahner insgesamt zu berichten und Vorschläge für die Abwehr der Angriffe der staatlichen Verwaltung zu machen. Zur Mitarbeit und finanziellen Unterstützung dieser Sache fordern wir schon heute alle Kollegen auf.

K.: Wie wird es in bezug auf die PV-Wahlen selbst weitergehen?

N.N.: Wir halten daran fest, daß die Wahlen nur dann im Interesse der Kollegen genützt werden, wenn sie zur Verstärkung der Einheit über die Forderungen der Eisenbahner beitragen. Dazu trägt keine Stimme für die SP-, KP- oder ÖVP-Fraktion bei, die zwar jetzt so Manches versprechen, aber nach den Wahlen wieder die Sanierungspläne der staatlichen Verwaltung unterstützen bzw. nichts dagegen unternehmen werden. Daher werden wir vorschlagen, daß auch bei der Wahl selbst die Forderungen der Eisenbahner in den Vordergrund gestellt werden sollen: Indem auf den Stimmzettel Forderungen geschrieben werden oder durch die Aufschrift „Liste AKTIONSPROGRAMM" die Zustimmung für die Forderungen des Aktionsprogramms deutlich gemacht wird.

K.: Wir danken Dir für dieses Gespräch.

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs

KB

Best. Nr.: ISBN 3-85 377-011-8
Zu beziehen über Firma Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien, Preis S 5,-

Skandal bei der SP-Umfrage: ÖBB-Computerkarten werden nicht vertraulich behandelt

Nach den letzten PV-Wahlen war in Innsbruck bei einer angeblich anonymen Umfrage der SP-Fraktion aufgedeckt worden, daß die Rückantwort-Kuverts hinter der Briefmarke numeriert waren, sodaß der jeweilige Absender festgestellt werden konnte. Heuer führte die SP-Fraktion eine Umfrage mittels Computerkarte durch: Es kann darauf eine Reihung der Probleme durchgeführt werden, welche für die Eisenbahner am wichtigsten erachtet werden und „wo sonst der Schuh drückt". für die Beteiligung an der Umfrage und die Angabe des Namens sollen die Kollegen an der Teilnahme an einer Verlosung von Preisen geworben werden. Gleichzeitig haben sich die Kollegen natürlich erwartet, daß ihnen aus ihrer Meinungsäußerung auf der Computer-Karte kein Nachteil erwächst. Inzwischen stellt sich heraus, daß von SP-lern kritische Äußerungen auf der Computer-Karte keineswegs vertraulich behandelt werden: Auf der Monatsschule für die Triebfahrzeugführer wurde ein Kollege der Zugförderungsleitung Ost (Wien) vom SP-Vertrauensmann namentlich angegriffen. Er hatte auf der Computer-Karte eine Änderung beim V3-Plan (Einsatzplan der Lokführer) vorgeschlagen. Der Vertrauensmann bezeichnete den Kollegen als einen, der „immer nur die Leute aufwiegeln will".

Inzwischen ist die Umfrage ausgewertet. Die „Presse" vom 2.11. schreibt zum Ergebnis, daß es die große Zufriedenheit der Eisenbahner mit der Lohn- und Gehaltssituation zeige! Jetzt weiß man, was die Absichten der SP-Umfragen sind: Allgemeine Zufriedenheit mit ihrer Politik soll herauskommen. Und wer sich kritisch äußert, bei dem soll durch öffentliche Angriffe dafür gesorgt werden, daß er beim nächsten Mal auch einer der vielen „restlos zufriedenen" Beantworter ist.

Bahnhof Liesing: Brausen sind fertig!

Mitte Oktober wurde im 3. Flugblatt der Liste AKTIONSPROGRAMM die Einstellung der Bauarbeiten am neuen Bad für den Verschub kritisiert. Daraufhin sind jetzt im Eilzugstempo vorerst die Brausen fertiggestellt worden, sodaß die Kollegen zumindest wieder duschen können. Mit der vollständigen Fertigstellung ist jetzt in kürzester Zeit zu rechnen.

Spaltung und Unterdr[ückung]

Fortsetzung von Seite 1

bevorsteht, mit allen unseren Kräften behindern und aufhalten werden;

– daß sich Kreisky und die Regierung den Demonstranten persönlich stellen müssen, und wir von ihnen die sofortige Erfüllung unserer Forderungen verlangen."

Weil Kreisky die einheitliche Front der 6.000 vor dem Bundeskanzleramt mit dem seiner tatsächlich praktizierten Politik hohnsprechenden Verhandlungsangebot nicht ködern und nicht weichmachen konnte, hat er es auf die andere Tour probiert. Er hat die Delegationsmitglieder, aber mit ihnen alle Demonstranten vor der Tür und überhaupt alle von der Massenbewegung erfaßten und mit ihr sympathisierenden Menschen wild beschimpft und einen Keil zwischen „Extremisten" einerseits und „von Extremisten Mißbrauchte" andererseits hineinzutreiben versucht. Was blieb ihm auch in dieser bedrängten Lage, in der er sich befand, übrig?

Hinausgehen, und die bekannten unverbindlichen Phrasen abspulen – dafür hat er sich ein Auspfeifen erwartet und hätte es auch gekriegt.

Die Rolle des Kanzlers, der SP-Regierung und des Parlaments

Oder die Wahrheit sagen: Ich bin der Regierungschef und in besonderer Weise verantwortlich dafür, daß die österreichische Kapitalistenklasse mit ausreichendem und fast kostenlosen Strom versorgt wird, damit sie besser gegen die anderen Kapitalisten bestehen kann und auch unsere Energiepolitik dem Schlachtplan der Bourgeoisie zum Gelingen verhilft. Ich bin in besonderer Weise verantwortlich dafür, daß die vielen Millionen Schillinge, die hunderttausenden österreichischen Arbeitern und Werktätigen über Stromtarife und Steuern aus der Tasche gezogen und in das Atomkraftwerk investiert wurden, nun auch den Elektrizitätsgesellschaften die erhofften Profite bringen. Ich bin in besonderer Weise verantwortlich dafür, daß die Verträge zur Uranlieferung mit den beiden Supermächten, die Verträge mit den Baukonzernen aus Westdeutschland, und die Richtlinien der Internationalen Energieagentur zum beschleunigten AKW-Bau und zur erpresserischen und kriegsvorbereitenden Erdöllagerung in Österreich durchgesetzt werden. Ich bin in besonderer Weise verantwortlich für die ganze imperialistische Energiepolitik und aus diesem Grund werden wir auch in nächster Zeit die Haushaltsstrompreise für das Volk hinaufsetzen und laut Regierungsbericht noch im Jahre 1978 das erste Atomkraftwerk in Gang setzen lassen.

Meine Rolle als Politiker und Volksvertreter besteht aber nicht darin, dem Volk die Wahrheit zu sagen, sondern die Arbeiterklasse und das Volk ruhig zu halten und ihnen einzureden, unsere Maßnahmen zugunsten des Monopol- und Finanzkapitals seien das Beste für das Volk. Und weil das bei den Atomkraftwerken nicht mehr so recht geht, haben wir eine Parlamentsdebatte angesetzt, damit das Volk glaubt, daß ohnehin alles demokratisch abläuft. Zur Sicherheit haben wir im SP-Parteivorstand schon eine fast einstimmige Befürwortung der Inbetriebnahme herbeigeführt. „Im übrigen wird ein Bericht etwa mit diesem Tenor ans Parlament geleitet werden, und im Parlament soll dann nach einer Debatte eine Stellungnahme erfolgen; die Inbetriebnahme ist natürlich ein Akt der Verwaltung, aber die Volksvertretung muß jedenfalls in irgendeiner Weise zu diesem Problem gehört werden" (Kreisky im Interview mit der Literaturzeitung „Frischfleisch", Nr. 13/77, Seite 5/6).

Und weil dieser ganze Parlamentsbetrug, was ist es denn anderes, von den Demonstranten am 26. 10. deutlicher durch-

ckung der Massenbewegung – so soll jetzt die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf gesichert werden

schaut und von Kreisky darüber Rechenschaft gefordert wurde, darum hat er Stellungnahmen losgelassen, die darauf abzielen, die Bewegung gegen Atomkraftwerke zu zerschlagen, und der erste wichtigste Schritt daraufhin soll ihre Spaltung, die Spaltung der IÖAG sein.

Die Hetze gegen den Kommunistischen Bund zielt auf die Spaltung der Bewegung

Darauf zielt die schon am 26. 10. mittags einsetzende und völlig gleichgeschaltete Hetzpropaganda in Presse, Radio und Fernsehen gegen die Bewegung und ihre „Unterwanderung durch den KB“, durch „Terroristen“ usw. Selbst „Die Presse“ und der „Kurier“, die am 27. 10. noch halblaute Kritik an Kreiskys Reaktion äußerten, wurden mit 28. 10. auf den einheitlichen Hetz-, Spalt- und Unterdrückungskurs gebracht. Die ganze Hetze ist nichts Neues.

Überall, wo sich die Massen im Kampf zusammenschließen, wurden und werden ihre führenden und organisierenden Kräfte von den Massen zu isolieren versucht, um damit die ganze Bewegung zu Fall zu bringen. Wieviele Arbeiter wissen das aus eigener Erfahrung, wenn sie sich für ihre Interessen, vielleicht für ein paar Schilling Stunden-Lohn-Erhöhung zusammentun, wie schnell der Kapitalist, die Firmenleitung ein paar sogenannte Unruhestifter findet, und sie zu isolieren versucht, durch Hetze, durch Druck, durch Entlassung.

Ganz ähnlich wie mit der Anti-AKW-Bewegung verfährt die herrschende Klasse und ihre Parteien schon lange mit der Bewegung für die Rechte der Minderheiten. So schreibt die Zeitung „Slovenski vestnik“ in der Nr. 44 vom 28. 10. 77: „Die 'Antwort' des Kanzlers war für die tausenden Demonstranten sicher kein Ausdruck der Stärke und Sicherheit, sondern vielmehr der Beweis der Schwäche der Herrschenden über die anwachsende Unzufriedenheit und den Widerstand im Volk. Ähnliches erleben wir in Kärnten: Weil wir uns dem Dreiparteiendiktat nicht beugen wollen, werden wir Slowenen Extremisten und Terroristen genannt; die gleiche Verdammung erfahren Angehörige des Mehrheitsvolkes, die unseren Kampf unterstützen; auf Bundesebene werden dies auch die AKW-Gegner genannt. Ob das für das kleine Österreich doch nicht schon etwas viel 'Terroristen' sind?“

Und überall, ob im Betrieb oder auf der Straße, an den Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes, beteiligen sich die Revolutionäre, die Kommunisten, mit dem nie verhohlenen Ziel, nicht nur jede einzelne Bewegung, jeden einzelnen Kampf zum Erfolg gegen Kapitalisten und Staat zu führen, sondern auch und vor allem mit dem Ziel, die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes im ganzen Land herzustellen, um jene Klasse, jene schmarotzende Minderheit zu stürzen, die heute mit Hilfe ihres Staatsapparates die Macht in Händen hält und deren Herrschaft die Ursache von allem Elend und Unrecht ist.

Kreiskys Politik ist reaktionär

Den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung hat die Arbeiterbewegung seit ihrem Entstehen auf die Fahnen geschrieben und Kreisky hat immer größere Mühe, seine reaktionäre Politik mit der Masche der 'Arbeiter-Regierung' zu verkaufen.

Die 'AZ' schreibt am 27. Oktober von vielen Anrufen von Leuten, die das Vorgehen der Regierung unterstützten. Mag sein, daß der eine oder andere Arbeiter, bei dem die massive sozialdemokratische Propaganda für Atomkraftwerke vorläufig gezogen hat, darunter war. Mag sein, daß manch einer drunter war, der den irreführenden und falschen Berichten über eine Aktionseinheit einschließlich NDP und Faschisten geglaubt hat und sich ein falsches Bild von der Demonstration machte. Tatsache ist, daß wir von einigen Arbeitern und anderen fortschrittlichen Menschen aus Wien wissen, daß sie am 26. 10. im Radio vom Verhalten des Bundeskanzlers erfuhren und äußerst empört zum Ballhausplatz hinkamen, um ihre Unterstützung der Demonstration zum Ausdruck zu bringen. Typisch schreibt die 'AZ' am selben Tag, daß viele angerufen hätten, „um dem Bundeskanzler in seiner Haltung gegenüber der Demonstration zuzustimmen, 'obwohl ich kein Kreisky-Wähler bin', wie viele sagten.“ Dreimal darf man raten, was das in der Hauptsache für Leute gewesen sein werden. und nicht von ungefähr zieht eine andere Zeitung folgenden Vergleich: „Gäbe es in Österreich einen rechtskonservativen wortgewaltigen Politiker wie etwa Franz Josef Strauß – er hätte es auch nicht wirkungsvoller machen können, als Bruno Kreisky im Bundeskanzleramt am Nationalfeiertag.“ (Kleine Zeitung, 28. 10.)

Am 26. Oktober ist die Rolle der SP-Regierung als Speerspitze der Reaktion im Verein mit den anderen bürgerlichen Parteien ein gutes Stück deutlicher geworden – nicht nur für die Demonstranten am Ballhausplatz.

Die Bewegung gegen Atomkraftwerke steht vor großen Aufgaben. Die scharfe Reaktion auf die Demonstration vom 26. Oktober zeigt, daß die Regierung ziemlich in Bedrängnis mit dem AKW-Programm gekommen ist, daß sie alles unternimmt, um den Widerstand und vor allem die Bewegung auszuschalten, weil sie anders nicht leicht oder garnicht zum Ziel kommen wird. Verkraften kann sie es, wenn – nach offiziellen Meinungsumfragen – auch weitmehr als 50 % der Bevölkerung ausdrücklich gegen Atomkraftwerke gerade unter heutigen Verhältnissen sind. Das mag Stimmen kosten, aber auch für diesen Fall plant die Regierung eine Freigabe des Klubzwanges im Parlament, um den Ansehensverlust vor allem mit der ÖVP zu teilen. Nicht verkraften kann sie bzw. mit viel schwereren Konsequenzen verbunden ist es aber, wenn trotz Parlamentsbetrug eine organisierte und organisierende Kraft vorhanden ist, ein Zentrum, ein Sammel- und Bezugspunkt der Bewegung, der gegen jeden weiteren Schritt bis hin zur Inbetriebnahme kämpft und das ist die IÖAG. Ebendies soll die IÖAG auch weiterhin sein und noch mehr werden.

Der Regierung würde es wohl gefallen, wenn es ihr gelingt, entweder die IÖAG zahnlos zu machen, oder aber die IÖAG als „Terroristenverein“ zu verteufeln und ihr eine „gemäßigte IÖAG“ entgegenzustellen, die Reihen der AKW-Gegner quer durch Österreich zu spalten und die einzelnen Splitter der Bewegung in Verbindung und im Gefolge des Parlamentsbeschlusses vollends niederzumachen. Der Boden dafür wird schon bereitet. Die Chefredakteure und ihre bravsten Gefolgsjournalisten durften sich in den Tagen nach dem 26. 10. unter dem Generalmotto „Wehret den Anfängen“ austoben.

Die Antwort der herrschenden Klasse auf den Aufschwung der Arbeiter- und Volksbewegung ist Reaktion, Unterdrückung. Diese Marschrichtung wird im angekündigten Demonstrationsverbot für den Ballhausplatz deutlich. Diese Marschrichtung wird in den Drohungen gegenüber den teilnehmenden Soldaten in Uniform deutlich. Die ganze Staatsmaschinerie, im wesentlichen ihre Unterdrückungsmaschinerie, wird eingesetzt, um dem Widerstand und Kampf des Volkes zu begegnen, ihn zu ersticken, ihn abzutöten, wenn nicht anders, so gewaltsam. Kreisky hat mit seinen Äußerungen schon den Vorgeschmack geliefert. Es ist so, wie der KB noch vor der Demonstration in einem Brief an die IÖAG festgestellt hatte: „Der 26. Oktober 1977 wird eine Feuerprobe auf die Einheit und Kampfentschlossenheit der Atomkraftwerksgegner in Österreich sein.“ Die Dinge entwickeln sich nicht schlecht, daß diese Feuerprobe bestanden wird. Die Einheit, die nach dem 26. 10. neu geschmiedet werden muß, ist eine Einheit auf höherem Niveau, bewußter und klarer gegen den bürgerlichen Staat und seine Rolle bei der Durchsetzung des AKW-Programms. Bewußter gegen die verschiedenartigen Angriffe auf das Volk im Rahmen dieses Programms und im Rahmen der imperialistischen Energiepolitik gerichtet, wie etwa gegen die bevorstehenden Strompreiserhöhungen und staatlichen Zwangssparmaßnahmen.

Diese Orientierung wird die ersten Schritte zur Einbeziehung der Arbeiterschaft fortsetzen lassen und soll der Regierung ihre bisherige soziale Hauptstütze bei der Stimmungsmache gegen die Bewegung streitig machen und sie ihr entziehen.

Die Kommunisten müssen hier vorangehen und insbesondere den schädlichen Einfluß von Reformismus und Revisionismus auf die Arbeiterklasse auch in dieser Frage bekämpfen.

Der KB Österreichs ist den Herrschenden ein besonderer Dorn im Auge, gerade weil er sich nicht auf die Unterstützung der Massenbewegung gegen Atomkraftwerke beschränkt, sondern weil er allseitig revolutionär tätig ist.

„Das war der offen geprobte Aufstand“ („AZ“)

Gluthammer, Hinterseitenkommentierer der 'AZ', der diesen Satz nach der Demonstration in die Schreibmaschine hämmerte, kann wieder abglühen, dies war nicht der Aufstand. Denn der KB Österreichs ist weder ein Verein von Anarchisten, die glauben, mit ein paar Bomben oder Entführungen könne die herrschende Klasse und ihr Staat gestürzt werden, noch sind wir blinde Abenteurer, die die sozialistische Revolution „wollen“ und bei der erstbesten Gelegenheit dem Bundeskanzler die Telefonleitung abzwicken. „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“ heißt es im Programm des KB. Die Parolen des KB lauteten „Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes“, „Vorwärts im Kampf für die sozialistische Revolution“. Sie heißen, an der Vorbereitung der Massen auf die Revolution zu arbeiten, heute insbesondere durch den Aufbau der Partei der österreichischen Arbeiterklasse. Die Öffentlichkeit, die der Bundeskanzler dem KB verschafft hat, kann gut genützt werden, um sein revolutionäres Programm unter den Massen noch breiter bekanntzumachen und noch besser zu verankern.

Auch die Bewegung gegen Atomkraftwerke hat nur eine Perspektive, wenn die Arbeiterklasse um die führende Rolle in ihr kämpft und sie übernimmt.

Red

Am 26.10 gab es keine Aktionseinheit mit faschistischen und offen reaktionären Gruppen

SPÖ und KPÖ haben nach der Demonstration besonders lautstark gegen die angebliche „Front mit Gegnern der Demokratie von links und rechts“ (AZ, 28. 10.) gehetzt. Laut „Volksstimme“ (vom 28. 10.) hatte sich „eine merkwürdige Aktionsgemeinschaft vom maoistischen 'Kommunistischen Bund' über Schmitz-Frauen und FP bis zu NDP-Leuten zusammengefunden.“ Und die AZ am 27. 10.: „ .... denen, die sich da gestern der Frau Schmitz und den Naturschützern (bis hin zum alten 'Blut und Boden' freilich) anschlossen, geht es nicht um die Atomkraftwerke. Die Extremisten des 'Bundes der Kommunisten' sehen in der Atomfrage ....“.

Die Tatsachen: Die Demonstration am 26. 10. wurde nicht von verschiedenen politischen Organisationen, sondern von der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner organisiert und durchgeführt. Sie wurde unterstützt und mitorganisiert von Organisationen wie dem KB Österreichs, von dem Mitglieder in ganz Österreich in den Gruppen der IÖAG seit Jahr und Tag mitarbeiten. Sie wurde unterstützt von einigen Teilorganisationen der SP-Jugend, von katholischen Organisationen, von weit über 50 Betriebsräten aus ganz Österreich, usw.

„Angehängt“ an die Demonstration, ohne vorher dazu aufzurufen, haben sich dann eine Handvoll FPÖler. Vielleicht sind auch hier und da einzelne Faschisten unerkannt mitgegangen. Überall in den Gruppen der IÖAG, wo in den letzten Monaten ein Faschist sich einnisten wollte, wurde er recht bald gestellt, und hinauskomplimentiert. Aktionseinheiten mit den 'National-Revolutionären', der 'ANR', 'NDP', oder wem dieser Sorte auch immer, werden von der IÖAG abgelehnt. Am 26. Oktober haben die Faschisten keinerlei Rolle gespielt. Demgegenüber war eine der von der IÖAG-Konferenz am 1. Oktober in Linz beschlossenen Hauptlosungen der IÖAG: „Parlamentsdebatte über AKW ist ein betrügerischer Schmäh!“ Das richtet sich gegen den in dieser Frage offensichtlichen Betrug am Volk und ist eine fortschrittliche und demokratische Losung. Auch den sich an die Demonstration zaghaft anhängenden FPÖlern ist es nicht gelungen, diese konsequente Orientierung der Demonstration zurückzuzerren und mit ihrem Versprechen, im Parlament gegen die Inbetriebnahme zu stimmen, einen Stich zu machen. Vielmehr sind ein paar FPÖ-Gegenstimmen ja gerade der 'Tupfen auf dem i' des Parlamentsbetrugs. Der Sprecher des ZK des KB Österreichs hat am 26. 10. vor dem Parlament dem Anbiederungsversuch der FPÖ gekontert: „Aber ich habe einen Vorschlag. Wenn sie wirklich so sehr gegen Atomkraftwerke sind, dann kann die FPÖ ja vielleicht einmal ihre Vertreter aus den verschiedenen Elektrizitätsgesellschaften in Österreich abziehen. Die haben nämlich das AKW-Programm mitbeschlossen!“ (Zustimmender Applaus von seiten der meisten Zuhörer).

Kurz gesagt: Am 26. 10. war von Faschisten auf der Demonstration nichts zu bemerken. Soweit die bürgerlichen Parteien (SPÖ-Kreisky im Bundeskanzleramt, FPÖ-Kucharek vor dem Parlament) in Erscheinung getreten sind, haben sie den Demonstranten vor allem eines einsichtiger gemacht: Für unsere Interessen können wir nur gestützt auf unsere eigenen Kräfte erfolgreich kämpfen!

Neue AKW-Komitees in Vorarlberg

Rund 100 Leute kamen am 10. Oktober zu einer AKW-Veranstaltung in Dornbirn. Während der Veranstaltung trugen sich 52 Personen als interessiert an der Mitarbeit in einem AKW-Komitee in Listen ein. Neben dem Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL), der bereits seit Jahren vor allem im Großraum Feldkirch aktiv ist, gibt es also nun 4 neue AKW-Komitees in Vorarlberg: in Bludenz (schon seit Mitte September), in Dornbirn, in Lustenau und in Bregenz. Alle Initiativen arbeiten auf der Grundlage der IÖAG-Forderungen. Erste Erfolge: Über 50 Menschen beteiligten sich an der Demonstration am 26.10. in Wien. 500 Unterschriften an einem einzigen Informationsstand in Bludenz.

SP-Hetze greift immer weniger unter Arbeitern und Angestellten

Während die SP gerne glauben machen will, daß „nur mit dem kleinen Finger" gewunken werden muß, damit die Arbeiter gegen die Anti-AKW-Demonstranten auf die Straße gehen, schaut die Wirklichkeit anders aus.

Stimmungsumschwung bei Waagner-Biro

Bei der Waagner-Biro in Wien vertraten viele Arbeiter, vor allem die SPÖ-Anhänger, die Kreisky-Argumente. Sie sahen Kreisky am Mittwoch abend in Zeit im Bild 1 und versuchten, mit gleichlautenden Argumenten die Atomkraftwerksgegner im Betrieb lächerlich zu machen und sogar einzuschüchtern.

Nachdem die KB Zelle das Flugblatt über die Demonstration verteilte, und die Kollegen, die sich die AKW-Demonstration am Mittwoch am Ring ansahen, gegen die Kreisky-Äußerungen auftraten, mußten die eingefleischten SP-ler zurückstecken. Schon am Freitag nachmittag gab es eine geänderte Stimmung im Betrieb. Viele Kollegen sahen die Sachen schon anders und es kam heraus, daß eine Reihe von Kollegen, eine Abteilung sogar geschlossen, gegen das AKW Zwentendorf sind und für die Demonstration eintreten.

Viele kamen gerade aus Empörung über die Hetze

„Als ich Kreisky unter anderem im Radio sagen hörte: 'Ich bin kein Straßenredner und werde auch nicht vor einer Straßendemonstration sprechen .....,' beschloß ich, auch zur Demonstration zu kommen", das erzählte ein empörter Kapsch-Angestellter bei der Schlußkundgebung vor dem Parlament einem Mitglied der Zelle Kapsch der Ortsgruppe Wien des KB.

So wie dieser Kundgebungsteilnehmer hatten nicht wenige Arbeiter und Angestellte reagiert.

Puch Graz: Werkschutz abgeblitzt

Am 20. 10. vor dem Werk Thondorf wurde die Zelle von der Werkspolizei angegriffen, als sie mit Megaphon und Agitationsstand zur Demonstration gegen die Energiepolitik der Regierung am 26. Oktober aufrief. Vergeblich versuchten 3 Werkspolizisten, den Ständer zu entfernen und vergeblich startete der geschniegelte Chef der kapitalistischen Privatarmee seine Hetztiraden. Die Enthüllungen über die Energiepolitik der Bourgeoisie, mit der sich diese billigen Strom sichern will, um die Arbeiter an den Maschinen „kosten"-günstig anzutreiben und auszubeuten, gefielen den Bütteln nicht. Die Genossen sollten weniger laut reden, forderten sie angesichts der Arbeiter, die rundherum standen, zuhörten und beobachteten.

Plötzlich, nachdem die Werkspolizei nichts erreicht hatte, kamen ca. 10 Arbeiter in Montur mit dem Partieführer aus dem Werk. Sie hatten offensichtlich den Auftrag, die Genossen zu vertreiben. Der Partieführer stieß sofort ins gleiche Horn wie die Werkspolizei und begann zu hetzen.

Von den 10 Arbeitern lasen alle den Ständer und keiner legte Hand daran, wie die Werkspolizei es wollte.

Es kam zu einer regen Diskussion mit den 10 Arbeitern, woraufhin die Werkspolizei und der Partieführer die Arbeiter aufforderte, wieder an die Arbeit zu gehen. Die Diskussionen dauerten an, der Werksschutz hatte eine sichtliche Niederlage erlitten.

(Nach Berichten der Zelle Puch/Graz)

Delegationsmitglieder berichten über die Konfrontation mit Kreisky

„Kreisky hör gut zu, das Volk entscheidet und nicht du!"

Um 9 Uhr traf der Demonstrationszug am Ballhausplatz ein. Einige von den Demonstranten sahen etliche Minister, die unter Polizeischutz durch einen Hinterausgang „entschwanden". Da nicht genau bekannt war, ob überhaupt noch Regierungsmitglieder im Bundeskanzleramt sind, beschloß die Demonstrationsleitung, zwei Mitglieder des Koordinationsausschusses ins Gebäude zu schicken, um dies zu überprüfen.

Ein Mitglied der ersten Delegation, Christa Frankfurter berichtet:

Mit drei Staatspolizisten hinten und drei vorne – die mich um einen ganzen Trakt herumführten, weil sich im anderen vermutlich Polizei befand – gelangte ich endlich ins Bundeskanzleramt.

In der Mitte des Zimmers stand Kreisky und rund um ihn ein ganzer Haufen Journalisten.

„Wie heißen Sie?", fragte er.

„Frankfurter – und wie Sie heißen, das weiß ich". „Was wollen Sie?" „Herr Bundeskanzler, da wir gesehen haben, daß einige von den Ministern durch einen Hinterausgang unter dem Schutz der Polizei weggefahren sind, wollte ich mich mit eigenen Augen davon überzeugen, ob überhaupt noch jemand von der Regierung da ist."

„So ein Blödsinn, Sie sagen mir da ganz falsche Sachen, das stimmt überhaupt nicht!" (sehr zornig).

„Ja bitte – wo sind dann die anderen Regierungsmitglieder?"

„Das sag ich Ihnen, damit Sie das gleich wissen – ich bin hier der Hausherr und ich habe das verfügt – die haben damit ja gar nichts zu tun, es ist außer mir die Frau Minister Leodolter anwesend und der Herr Minister Lanc aber aus dienstlichen Gründen" (die „dienstlichen Gründe" kann man sich denken!)

„Es ist also genauso wie ich gesagt habe und ich bin auch nicht der Meinung, daß die anderen Regierungsmitglieder nichts damit zu tun haben. Werden Sie jetzt wenigstens Sie und die Frau Minister Leodolter zu unseren Forderungen Stellung nehmen? Ich fordere Sie auf, das unten persönlich vor den Demonstranten zu tun".

„Ich werde gar nichts dergleichen tun – ich bin hier der Hausherr. Eine Delegation werde ich empfangen aber nur hier heroben und mit der werde ich auch reden. Aber dieses Geschreie da unten, das sind ja Terroristen. Ich weiß schon, was die für Leute sind, die hetzen ja alle nur auf, das sind ja zum Teil Baader-Meinhof-Sympathisanten."

„Herr Bundeskanzler, das sind 6000 Leute aus der österreichischen Bevölkerung, die von Ihnen Rechenschaft fordern, das ist unser Recht und das lassen wir uns nicht nehmen, da können Sie lange von Terroristen reden. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, kommen Sie also nicht hinunter und nehmen Stellung?"

„Nein."

„Gut. Das werde ich jetzt unten bekannt geben."



Er zeigte mit dem Finger auf mich, fing an zu schreien und überschüttete mich mit einem Wortschwall, der überhaupt kein Ende mehr nahm – das ging von „Ihr wollt ja nur die Leute aufhetzen, auf die Straße geht man nicht, ihr könnt ja eine Delegation schicken, so kann man das nicht machen – bis zu „ich bin nicht der Laufbursch der Demonstranten".

Ich versuchte einige male, ihn zu unterbrechen, sagte, daß mich das alles überhaupt nicht interessiere, er solle endlich zu unseren Forderungen etwas sagen, aber er ließ mich nicht zu Wort kommen. Da er nicht aufhörte sagte ich:

„Ich weiß was ich wissen wollte – Sie sagen nichts zu unseren Forderungen und kommen auch nicht hinunter – das werde ich den Demonstranten sagen, Auf Wiedersehen."

Ich drehte mich um und wollte gehen. Kreisky redete immer noch zornig weiter. Er geriet noch mehr in Wut, als ich einfach ging. Er schrie:

„Ihr seid ja alles nur Störefriede, da unten geht es zu, da kann man nicht reden."

Die zweite Delegation zu Kreisky

Nachdem es Kreisky vorzog, sich im Bundeskanzleramt zu verschanzen, wurde – wie vorher beschlossen – eine zweite Delegation in das Bundeskanzleramt geschickt. Der Innenminister Lanc persönlich führte uns. Er nahm uns ein Tonband weg mit der Begründung „Der Bundeskanzler will keines".

Bei Kreisky angelangt, plusterte dieser sich auf und begann seine wüste Schimpftirade: „Das ist eine ad hoc einberufene Demonstration, von Leuten, die in keiner Weise das österreichische Volk repräsentieren und keinerlei Legitimation haben, außer die, die sie sich selbst gegeben haben oder die ihnen einige Leute in ihrer Umgebung gegeben haben. Dennoch bin ich bereit, eine Delegation zu empfangen, und mit ihr darüber zu reden, ruhig zu reden, wie sich das bei einer so ernsten Frage gehört. Und nicht aber unter dem Gejohle und Geschreie von Leuten, die das ja bis jetzt eine Stunde lang praktizieren und ich werde mich ihrem Druck nicht beugen. Das sind die Methoden, die angewendet werden von terroristischen Gruppen, dem beuge ich mich nicht. Ich habe es nicht notwendig, mich von ein paar Lausbuben so behandeln zu lassen."

„Herr Bundeskanzler, ...

Es ist nur eine Frage des Inhalts Ihrer Stellungnahme, wie die Demonstranten darauf reagieren. Unsere Legitimation nehmen wir zum Beispiel von der Volksbefragung in Allensteig, wo sich bekanntlich 98% der Bevölkerung gegen die Atommüllagerstätte ausgesprochen haben, oder z.B. von der Tatsache, daß zehntausende an unseren Veranstaltungen teilgenommen haben oder z.B. daß schon Hunderttausende sich an unserer Unterschriftensammlung beteiligt haben."

„Ich bin der Meinung, daß durchaus auch Leute darunter sind, die die Sache ehrlich meinen, aber sehen Sie denn nicht ein, daß Sie mißbraucht werden, von Gruppen die das ganze nur als Vorwand benutzen, für ganz andere Sachen. Die Sache ist viel zu ernst, als daß sie umfunktioniert werden darf in eine Demonstration des sogenannten Kommunistischen Bundes und ähnlicher Organisationen, die ja die ganze Demonstration in die Hand genommen haben. Ich gehe aus prinzipiellen Gründen nicht zu dieser Art von Demonstration, aber wenn die Herren und Damen heraufkommen wollen, sind sie herzlich willkommen!"

„Unsere Forderungen sind Ihnen seit langem bekannt, wir sind nicht bereit, im Rahmen einer Delegation mit Ihnen zu verhandeln, wir wissen genau, was dabei herauskommt, wir haben es in letzter Zeit genügend oft erlebt."

„Wollen Sie nicht einsehen, daß Sie in schlechte Gesellschaft geraten sind?"

„Schlecht ist vielmehr die Gesellschaft, in der Sie sich, Herr Bundeskanzler mit ihrer Regierung befinden, die besteht nämlich durchwegs aus Leuten, die das AKW befürworten."

„Das stimmt, da muß ich Ihnen recht geben, ich befinde mich in der Gesellschaft solcher Leute und zähle mich zu dieser Gesellschaft, und übrigens, Zwentendorf wird in Betrieb gehen, sobald die Atommüllfrage auf vertretbare Weise gelöst ist, weil es unverantwortlich ist, ein Projekt, das 7 Milliarden öS gekostet hat, nicht in Betrieb zu nehmen."

Und weiter ging es mit handfesten Drohungen. „Wenn Sie weiterhin glauben, den Platz umzingeln zu können, dann wird der Spuk bald ein Ende haben!"

Von mir noch darauf angesprochen, warum uns das Tonband abgenommen wurde, erwiderte er scheinbar überrascht: „Das muß ein Irrtum gewesen sein!"

„Danke Herr Bundeskanzler, wir wissen was wir zu tun haben!"

Die spontane Reaktion der 6000 Menschen auf die Beschimpfungen von Kreisky drückte sich sofort in folgender Parole aus: „Kreisky nennt uns Terroristen, die Knüppel haben die Polizisten!"

Versammlung der Gewerkschaft Landstraße
Die Mehrheit gegen AKW

Am 10. Oktober fand in der Ortsgruppe Landstraße der Gewerkschaft der Privatangestellten eine Mitgliederversammlung zum Thema Atomenergie statt. Nach der Diskussion über verschiedene wirtschaftliche, politische und technische Fragen, bei der der Großteil der Diskussionsteilnehmer gegen das AKW-Programm der Regierung auftrat und die Haltung der ÖGB-Spitze kritisierte, schlug ein Kollege eine Resolution vor, durch die die anwesenden Gewerkschaftsmitglieder das AKW-Programm ablehnen und gegen den Beschluß des ÖGB-Vorstandes für die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf protestieren sollten.

Diese Abstimmung hätte großes Gewicht gehabt, weil die Firma Siemens, Hauptverdiener am AKW-Geschäft, im Einzugsbereich der Ortsgruppe Landstraße liegt und deshalb bei der Veranstaltung zwei Drittel der ca. 30 Anwesenden Angestellte von Siemens waren.

Mit dementsprechendem Druck versuchten einige SP-Gewerkschaftsfunktionäre, die Abstimmung zu verhindern. Den Druck vergrößerte die Tatsache, daß der Diskussionsleiter selber bei Siemens angestellt ist – in höherer Position. So konnte die Argumentation, daß Beschlüsse auf Mitgliederversammlungen statutenwidrig seien, zwar nur wenige beeindrucken. Aber die Abstimmung, die laut Einschätzung des stellvertretenden Ortsgruppenleiters 3 : 1 für die Resolution ausgegangen wäre, konnte nicht durchgesetzt werden.

In der darauffolgenden Ausschußsitzung, an der Funktionäre aller Gewerkschaftsfraktionen teilnehmen, wurde die Statutenargumentation bestätigt und behauptet, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich an Vorstandsbeschlüsse halten müssen (daher nicht gegen das AKW-Programm stimmen dürfen) und sich daher jede Diskussion erübrige.

Viele Kollegen waren über das Vorgehen der Gewerkschaftsfunktionäre empört und es wurde mehr noch als vorher über die Frage des Atomprogramms diskutiert und die Haltung der Gewerkschaftsführung verurteilt.

Das zeigte sich auch daran, daß über 10 Kollegen unter den Angestellten (von den ca. 300 der Abteilung) an der Demonstration am 26. 10. teilnahmen.

14. November 1976: Erfolgreicher Boykott der Minderheitenfeststellung

1 Jahr Aufschwung der Bewegung für die Rechte der Minderheiten

August 1977:



Durch das Volksgruppengesetz wurde das zweisprachige Territorium auf ⅓ reduziert und die slowenische Sprache auf eine Hilfssprache reduziert. Als im Sommer dieses Gesetz in Kraft trat, entzündete sich in verschiedenen Orten des zweisprachigen Territoriums der Widerstand. Die entschiedenste Demonstration fand in einem der zweisprachigen Zentren in Bleiburg/Pliberk statt. Die örtliche Bevölkerung, vor allem Bauern- und Arbeiterjugendliche aber protestierten nicht nur gegen die Minderheitengesetzgebung, sondern gingen weiter. Sie stellte selbst eine zweisprachige Ortstafel auf und verteidigte sie vor der sie niederreißen-wollenden Staatsgewalt. Die praktischen Erfahrungen haben die Slowenen gelehrt, daß man sich die Rechte gegen den Staat und die Regierung selber nehmen muß.

Die Zeitungen schrieben von der Gefährdung des Rechtsstaates, von Gesetzesbrechern und Terroristen. Landeshauptmann Wagner drohte mit einem Demonstrationsverbot für öffentlich Bedienstete und sah hinter diesen Demonstrationen den KB. Hinter der Hetze betreibt die Regierung den Ausbau des Polizeiapparates. Die Demonstrationen im Sommer entlarvten die Politik der SP-Regierung als durch und durch reaktionär: jeder konnte sehen, daß sie den slowenischen Menschen aus dem Volke die selbstverständlichen Rechte vorenthält. Und selbst die „Arbeiter-Zeitung" druckte im Sommer einen Leserbrief eines Wiener Arbeiters ab, indem er für die volle Zweisprachigkeit im öffentlichen Leben eintrat. Dies spiegelt die Stimmung unter den klassenbewußten Arbeiter wider. Gleichzeitig erkennen die Slowenen in Kärnten immer besser die Ursachen ihrer Unterdrückung in der Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Dies kommt in der jüngsten Zeit dadurch zum Ausdruck, wenn sie die politische Unterdrückung der AKW-Gegner auch als solche benennen und angreifen, oder wenn sie mit der Patriotischen Front von Zimbabwe freundschaftliche Kontakte knüpfen und die Spendensammlung für die beiden Landrover unterstützen.

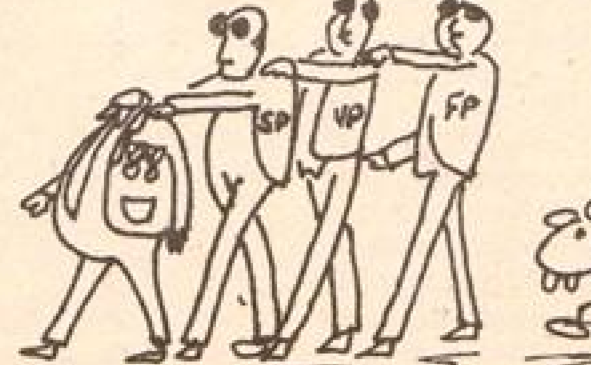
Die Slowenen in Kärnten (Teil 1 – 3)

erschienen in „Kommunist" Nr. 3, 6, 9/77

Diese Artikelserie wurde geschrieben, weil „man den in der Minderheitenfrage angehäuften politischen und sozialen Sprengstoff nur verstehen kann, wenn man die Geschichte der Unterdrückung der Völker und Nationen kennt, eine Geschichte, die vom Kampf der Arbeiterklasse um Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus unzertrennlich ist". (Aus der Einleitung).

Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

ZADNJA VEST *Letzte Meldung*



Če brezglavec slepce vodi. *Wenn der Kopflose die Blinden führt*

Mit dieser Karikatur beleuchtete „Naš Tednik", die Wochenzeitschrift einer der beiden slowenischen Zentralorganisationen, die Haltung der KPÖ zum Volksgruppengesetz.

Die KPÖ hatte die beiden Zentralorganisationen aufgefordert, doch das Volksgruppengesetz anzuerkennen und die Volksgruppenbeiräte zu beschicken. Damit stellte sie sich völlig auf die Seite der „Dreiparteienlösung", die man nun wohl als „Vierparteienlösung" wird bezeichnen können.

Beide Wochenblätter der Zentralorganisationen wiesen diese Haltung der KPÖ mit aller Entschiedenheit zurück.

Die offene Parteinahme der revisionistischen KPÖ für die Regierung zeigte für die ganze Bewegung für die Rechte der Minderheiten klar die Funktion dieser Partei auf: als Agentur der Bourgeoisie die Bewegung von innen zu untergraben und in die Kapitulation zu führen.

14. November 1976



Einige Hundert Stimmzettel wurden in Klagenfurt/Celovec am Tag der Feststellung, vor dem Sitz der Landesregierung, zentral verbrannt.

Die schönste Umschreibung („Volkszählung besonderer Art") konnte den wahren Charakter dieser Minderheitenfeststellung nicht vertuschen. Sie sollte die Minderheiten wegzählen. Die Slowenen in Kärnten schritten zum aktiven Boykott. 50.000 Menschen boykottierten in Kärnten die Zählung. In Wien allein wurden über 4000 „Boykottslowenen" gezählt, also mehr als in Kärnten. (ca.3000) Insgesamt beteiligten sich in Österreich nur ca. 25% an der Minderheitenfeststellung. Die Arbeiter und andere Werktätige ließen sich nicht von der Regierung hinter die reaktionäre Minderheitenpolitik vergattern.

Gedanken zum 10. Oktober

Alle Jahre wird die Bevölkerung von Kärnten um den 10. Oktober gereizt und aufgeputscht. Je weiter die Jahre vom Jahr 1920, des Abstimmungsjahres rükken, umso mehr wird geschrien, Abwehrkämpfer werden geehrt, Mahnmale werden verlangt, um ja nicht die Geschichte des Jahres 1920 zu vergessen. Ich frage mich nur: Wo bleibt die Geschichte ab dem Jahr 1938 – 1945? Es ist kaum die Hälfte der Zeit verflossen, aber niemand spricht mehr von den Greueltaten, von den vielen Opfern – noch viel weniger von den noch lebenden Kriegsinvaliden, die mit dem zunehmenden Alter und Leiden ein immer schwierigeres Leben führen. Wurde je eine Mutter gefragt, wieviel Tränen sie geweint hat um die gefallenen Söhne, die sie früher mit großer Not großgezogen hat? Haben die Kärntner Politiker eine Ahnung, wie eine Frau, die einen Invaliden pflegt und betreut, dem das junge Leben damals in der Hitlerzeit halb zerschlagen wurde, lebt?? Nein, denn sonst würden sie die Nazibrüller nicht so emporheben und unterstützen. Jedes Jahr wird mehr Unruhe gestiftet und gehetzt.

Warum wird in Österreich alles mit zweierlei Maß gemessen? Auch frage ich mich, wie das möglich ist, daß die Tafelstürmer völlig straflos abkamen, ja sogar unter Polizeischutz die Tafeln abrissen, die Slowenen aber gleich zu tausenden von Schillingen verurteilt werden!

Wer hat mehr Schaden angerichtet, der einzelne Schmierer oder die Tafelstürmer?? Darum sage ich, wenn es den Kärntner Politikern um einen wirklichen Frieden geht im Lande, dann wäre es an der Zeit, daß sie die Feiern um den 10. Oktober einstellen und eine gerechtere Politik führen würden.

Das wünscht sich eine einfache Hausfrau mit vielen Kärntnern.

(Adresse der Redaktion bekannt)

Diesen Brief hat die Redaktion im Anschluß an die Berichterstattung über den 10. Oktober, den Kärntner Landesfeiertag (siehe Klassenkampf Nr. 20) erhalten. Er zeigt die Abscheu vieler Kärntner werktätigen Frauen vor der nationalistischen Hetze und deren wachsende Bereitschaft, dagegen aufzutreten.

10. Oktober 1977



Am 9. Oktober fand in der Nähe von Klagenfurt/Celovec eine fortschrittliche Kulturveranstaltung statt. Sie richtete sich gegen die alljährliche nationalistische Hetze am Jahrestag der Volksabstimmung 1920. Zu dieser Veranstaltung haben die slowenischen Jugendorganisationen, das Klagenfurter Solidaritätskomitee, Studentenorganisationen und die Ortsaufbaugruppe Klagenfurt des KB aufgerufen. Die Beteiligung von slowenisch- *und* deutschsprachigen Arbeitern, Bauern und Studenten stellt einen bedeutenden Erfolg im Kampf gegen Entrechtung und chauvinistische Verhetzung dar. Mit dieser Veranstaltung wurde der Hetze der Bourgeoisie, die die Arbeiter und Volksmassen auf die Treue zum Staat gegen die „äußere Bedrohung" und deren „nationalslowenische Agenten" einschwören soll, der Standpunkt der Einheit aller Arbeiter, gleich, welcher Sprache und Herkunft, nicht nur in Worten, sondern auch praktisch entgegengestellt.

Wunschtraum der Bundeswirtschaftskammer zum Textil-KV: „Verschiebung der Lohnbewegung um ein Vierteljahr"

Häuften sich schon in den vergangenen Wochen die Zeichen, daß die Textilkapitalisten alles tun würden, um den Abschluß eines neuen Kollektivvertrages hinauszuzögern - so legt das Sprachrohr der österreichischen Textilkapitalisten, die „Österreichische Textilzeitung", vom 3.11. in aller Deutlichkeit die Absichten des Kapitals für die Textillohnrunde fest. Unter der Überschrift „Textilindustrie für Stillhaltepolitik" ist dort zu lesen: „Die Textilindustrie hat gewissermaßen die Flucht nach vorne angetreten, um der Paritätischen Kommission eindringlicher als durch bloßes Neinsagen zu gewerkschaftlichen Lohnforderungen ihre schwierige Lage vor Augen zu führen. Sie hat von sich aus Vorstellungen entwickelt, die von der Paritätischen Kommission bei ihrer nächsten Sitzung am 12. November gundsätzlich diskutiert werden und im Prinzip auf eine Verlängerung des bestehenden Tarifvertrages hinauslaufen."

Solche „Prinzipien", die „auf eine Verlängerung des bestehenden Tarifvertrages hinauslaufen", sind nichts anderes als der Ruf nach Lohnstop. Im Artikel der Textilkapitalisten ist denn auch ausführlich davon die Rede: „Wie von Sprechern der Vorarlberger Textilindustrie im Rahmen einer Pressekonferenz der Handelskammer in Bregenz dazu erklärt wurde, rechne man zwar nicht mit einem längerfristigen Lohnstop. Zweck der Initiative sei es jedoch gewesen, den Ernst der Lage zu dokumentieren. ÖGB-Präsident Benya werde sich mit seinen eigenen Maßhalteappellen konfrontiert sehen.

Das ist deutlich. Mit „längerfristigem Lohnstop" können die Kapitalisten nicht rechnen. Demnach soll wenigstens „eine Absicht der Bundeskammer verwirklicht werden, die eine Verschiebung der Lohnbewegungen zumindest um ein Vierteljahr erreichen will, bis mehr Klarheit über die weitere Konjunkturentwicklung zu gewinnen sein wird."

Die Kapitalisten wissen genau, daß derzeit ein offener Lohnstop unter den Arbeitern nicht durchsetzbar ist - so sehr ihre Profitgier auch danach lechzt.

Die Maßhalteappelle von ÖGB-Präsident Benya führen sie als Waffe gegen den Kampf der Textilarbeiter ins Gefecht. Bekanntlich hat die Gewerkschaftsführung im Juli auf die Forderung vom Direktor der Verstaatlichten, Geist, nach Lohnstop schleunigst die Kapitalisten mit Worten von „solidarischer" und „wirtschaftskonformer Lohnpolitik" beruhigt. „Wirtschaftskonform" und „solidarisch" ist, was die Profite noch hält und steigert.

Die Lage der Textilarbeiter drängt zum Lohnkampf

Es ist eine Tatsache, daß die Löhne der Textilarbeiter deutlich unter dem Durchschnitt der Industrielöhne liegen - und daß vor der letzten Lohnerhöhung 85 % der Textilarbeiter, das ist der Anteil der Frauen, mit einem durchschnittlichen Wochenlohn von S 1.151,- heimgegangen sind! Der Abschluß 1976 brachte 2 S auf den Mindestlohn und 2,40 S auf den Istlohn, etwa 400 S mehr im Monat. Dieser Abschluß war Lohnraub auf allen Linien, denn die Erhöhung deckte nicht einmal die nach dem amtlichen Preisindex angestiegenen Lebenshaltungskosten - geschweige denn die durch laufende Akkordsteigerungen, Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit usw. erhöhten Wiederherstellungskosten der Arbeitskraft. Nehmen wir das Beispiel einer 27-jährigen Arbeiterin im Kleiderwerk „Steinbock". Dieser Betrieb gehört zwar zur Bekleidungsbranche, die jedoch in bezug auf den hohen Frauen- und Ausländeranteil, das niedrige Lohnniveau, den Abbau von Arbeitern usw. viele Ähnlichkeiten mit der Textilbranche besitzt. Die Kollegin klammerte dort im Akkord Futter und verdiente im Herbst 1976 bei 100% Akkordleistung 29,-S pro Stunde, was netto ca. 3.750,-S im Monat bedeutet. Der niedrige Lohn zwang sie, immer schneller zu arbeiten, um möglichst die Akkordziffern übererfüllen zu können. Im Zuge von Neustoppungen wurden dieser Kollegin die Akkordzeiten - wie vielen Kollegen im Betrieb - gekürzt, so daß sie für dieselbe Leistung, die sie zuvor mit 100 % erbracht hatte, nach der Stoppung nur mehr ca. 23,-S pro Stunde bezahlt bekam! Zu ihrem Lohn wurde ihr eine innerbetriebliche „Anwesenheitsprämie" ausbezahlt, vorausgesetzt, daß sie keine Minute im Monat krank war, zum Arzt ging, etc.! Jede Minute „Fehlzeit" ist eine Minute weniger, in der sie den Profit der Steinbock-Kapitalisten produziert. Und der geht über alles: Kleinere Erkrankungen werden nicht ausgeheilt, der Zahnarzt wird „vergessen" - denn 500,-S zu verlieren, bedeutet empfindliche Einbuße. Die Lage dieser Kollegin ist ein Durchschnittsfall, ähnliche Beispiele ließen sich beliebig anführen. Sie zeigen, daß der Zwang zum Kampf für einen ausreichenden Lohn rapide wächst, daß die niedrigen Löhne die Grundlage für verschiedenste Formen der Antreiberei, Unterwerfung unter spalterische Prämiensysteme usw. darstellen.

In den letzten Jahren ist der Unmut der Textilarbeiter über ihre Lage stark angewachsen. An diesem Unmut knüpfte die bürgerliche Gewerkschaftsführung an, wenn sie 1976 nicht genug radikale Sprüche und Beschlüsse über „Angleichung des Lohnniveaus der Textil- und Bekleidungsarbeiter an die Löhne der übrigen Branchen" verlauten lassen konnte. Spätestens beim Aufstellen der Forderungen zur letzten Lohnrunde zeigte sie jedoch ihre wahren Absichten, und in der Zustimmung zu den letzten Abschlüssen wurde die Unterwerfung unter die Profitinteressen der Kapitalisten besiegelt. Der Abschluß hat die Empörung der Arbeiter verstärkt. Wenn die Textilkapitalisten heute in Lohnstopträumen schwelgen, werden ihnen die Arbeiter einen Strich durch die Rechnung machen. Sie werden dies umso eher tun, je früher und umfassender sie mit der klassenversöhnlerischen Politik der Gewerkschaftsführung brechen.

Zelle Steinbock/Innsbruck

Zollerhöhungen: Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz in der Textilindustrie

Ab 1. November hat die österreichische Regierung Zollbegünstigungen für eine Reihe von Waren, vor allem Agrar- und Textilprodukte, die aus den „Billiglohnländern" Südostasiens stammen, zurückgenommen. Schon längere Zeit fordert die Textilgewerkschaft vom Handels- und Finanzministerium Maßnahmen, „um den immer stärker werdenden Importdruck abzuwehren". Hoffnungen auf „eine Erleichterung für die heimische Textil- und Bekleidungsindustrie und damit die Sicherung der Arbeitsplätze" schüren die Sozialdemokraten mit der Anpreisung der Wirtschaftspolitik der Regierung (Zeitung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder, Sept. 1977). Mit der Idylle vom „heimischen Markt", der „die Basis unserer Arbeit" sei, vernebeln sie die Wirklichkeit des Imperialismus und versuchen sie, die Arbeiterklasse vor den Karren der Kapitalisten für die Konkurrenzschlachten auf dem imperialistischen Weltmarkt zu spannen.

Die kapitalistische Weltwirtschaft steckt in einer Überproduktionskrise, und zwischen den Imperialisten treibt das notwendig den Wirtschaftskrieg hervor.

50 % der Produktion exportieren die österreichischen Textilkapitalisten, und in einer Steigerung des Exportanteiles sehen sie auch den entscheidenden Schritt, um aus der Krise, in der ihre Profitmacherei steckt, herauszukommen. Auf diesem Weg haben sie mit der seit 1975 vorangetriebenen Rationalisierung, Entlassung von tausenden Arbeitern, Lohnsenkung und verschärfter Antreiberei schon erste Erfolge erzielt. „Auch das für die Textilindustrie... wichtige Auslandsgeschäft lief in den ersten sechs Monaten 1977 gut: Die Exporte konnten um 11,7 % auf 6,3 Mrd. S gesteigert werden" (Presse, 8.10.).

Auf dem eigenen Markt hat jede Kapitalistenklasse dazu noch die Möglichkeit, durch Aufschläge zu den Warenpreisen des ausländischen Konkurrenten dessen Vorteile und eigene Rückstände bei der Ausbeutung der Lohnarbeit, die man jeweils für sich produzieren läßt, auszugleichen. Genau das versucht jetzt die österreichische Bourgeoisie. Ganz wohl ist ihr dabei ohnehin nicht. Sie fürchtet Gegenmaßnahmen von stärkeren Konkurrenten. Zeitweilige Vorteile durch die Zollerhöhungen auf dem österreichischen Markt könnten Rückschläge durch ähnliche Schritte des Gegners bei den Exportschlachten der österreichischen Kapitalisten nach sich ziehen. Deshalb beteuert die Regierung auch wiederholt, es handle sich lediglich um Rücknahme von vorher gewährten Zollerleichterungen und richte sich außerdem nicht gegen die Länder in der EG und EFTA. Keinesfalls will sie die „Freiheit" des Handels dorthin stören, weil die österreichischen Textilkapitalisten selbst 77% ihres Exports in diese Länder absetzen.

Waren- und Kapitalexport

Aus der Krise herauskommen werden die österreichischen Kapitalisten mit dieser Maßnahme nicht. Man braucht bloß anzuschauen, wie der Welthandel unter den Imperialisten, z.B. mit Textilwaren, läuft. Die ökonomisch starken Länder, wie die USA, England und die BRD, betreiben hier seit langem Kapitalexport, d.h. sie lassen sich ihre Waren von der billigen Arbeitskraft der Länder der Dritten Welt produzieren und importieren diese Billigwaren dann auf den eigenen Markt. Sie sind also an einem Schutz des eigenen Marktes vor Importen grundsätzlich gar nicht interessiert. Bei dem Streit um ein neues Welttextilabkommen, der seit einigen Monaten tobt, sind die Positionen die, daß z.B. die BRD-Imperialisten nur auf beschränkte Schutzzölle aus sind, und zwar vor allem gegenüber Ländern wie Korea und Taiwan, wo die US-Imperialisten, und gegen Hongkong, wo die englischen Konkurrenten sitzen. Ansonsten sind sie unbedingt für freien Import und Export, nicht nur von Waren, sondern auch von Kapital. Die BRD hat 1975 selbst 324.000 Tonnen Textil-Fertigwaren eingeführt. Der Preis für diese großteils „Eigenimporte", d.h. in ihren eigenen Produktionsstätten im Ausland produzierten Waren, war 26.600 DM je Tonne. Exportiert haben die BRD-Textilkapitalisten 113.200 Tonnen Fertigwaren, und zwar zu 80 % in die europäischen Länder, besonders auch Österreich. Die Preise beim Export betrugen fast 30.000 DM je Tonne. Natürlich exportieren die BRD-Imperialisten einen Teil der Billigimporte wieder und streichen dabei Millionen DM Extraprofite ein. Im August hat das österreichische Finanzministerium innerhalb von zwei Monaten bei 334.000 Textilwaren den Verdacht auf sogenannte „Umgehungsimporte" festgestellt. Diese Textilien wurden aus EG- und EFTA-Ländern, vor allem der BRD, Großbritannien, Holland, Schweiz usw. importiert, sind aber in Billiglohnländern der Dritten Welt produziert worden. Die mit diesen Ländern abgeschlossenen „Selbstbeschränkungen" haben die ausländischen Textilkapitalisten damit unterlaufen. Als Folge der Zollerhöhungen ist in Zukunft ein sprunghaftes Ansteigen solcher Umgehungsimporte zu erwarten, denn für die EG- und EFTA-Länder gelten die Bestimmungen ja nicht. Die Konkurrenzschlacht wird sich auf einem höheren Niveau umso schärfer fortsetzen. Für die stärkeren Imperialisten, vor allem aus der BRD, winken zusätzliche Extraprofite, denn durch die Ausschaltung der billigen Konkurrenz kann jeder Kapitalist mit den eigenen Preisen hinauffahren. Außerdem wirkt der Stachel des Kapitalexportes. Schon jetzt sehen die BRD-Imperialisten Österreich unter der Perspektive eines „Billiglohnlandes" und dementsprechend ist in den letzten Jahren ihr Einkauf an österreichischen Produktionsanlagen und Arbeitskraft gestiegen. Kleinere österreichische Textilbetriebe werden in den Ruin getrieben.

Nicht der „heimische Markt" sondern die Ausbeutung ist die Basis der Profite der Textilkapitalisten

Für die österreichischen Textilkapitalisten wird nach wie vor der wesentliche Hebel zur Verbesserung ihrer Positionen sowohl auf dem eigenen Markt, als auch vor allem auf den ausländischen Märkten in der Steigerung der Ausbeutung und dem Druck auf den Lohn ihrer Arbeiter liegen. Diese Linie schlagen sie bereits mit der andauernden Verschleppung der KV-Verhandlungen ein und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer machen ihnen dabei die Mauer. Nicht nur der Lohnsenkung und verstärkter Schweißauspressung in den Betrieben sollen sich die Arbeiter unterordnen, sondern für den imperialistischen Profit wird ihnen jetzt auch noch ein größerer Teil des Lohns unter der Devise „Kauft österreichische Waren" aus der Ta[sche gezogen.]

Die Arbeiterklasse in die imperialisti[sche] Konkurrenz der Kapitalistenklasse hineinziehen, sie zum willenlosen Anhängsel der Profitmacherei machen, ist das Ziel der Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaftsführung mit ihrer Wirtschaftspolitik. Notwendig führt diese Politik zur wachsenden Verelendung der Arbeiterklasse unter den Schlägen des imperialistischen Wirtschaftskrieges.

Entgegensetzen muß man dieser sozialdemokratischen Politik eine Politik, die sich ausschließlich an der Stärkung der Arbeiterklasse im Kampf um Lohn und für den Schutz gegen die Lasten der Ausbeutung orientiert.

Entlassungen in Pottendorf

Im Vorjahr wurde die Textilfusion Ost als „das Mittel zur Sicherung der Arbeitsplätze" hingestellt.

Da die Krise der Textilindustrie bis heute anhält, versuchen die Kapitalisten auch heute, die Auspressung der Arbeiter zu verschärfen. Im Zuges dieses Programms sollen im Werk Felixdorf 200 Arbeiter gekündigt werden. Die Kapitalisten setzen dabei auf die Spaltung der Arbeiterklasse, es sind daher vor allem ausländische Kollegen betroffen.

Völlige rechtliche Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den Inländern!

Die Spaltung der Arbeiterklasse nützt allein den Kapitalisten

Im Jahre 1973 waren in Österreich durchschnittlich 226.400 ausländische Arbeiter beschäftigt. Das war die bisher höchste Zahl von ausländischen Arbeitern, die in Österreich ihre Arbeitskraft verkaufen mußten.

Seither sind diese Zahlen gefallen:

Jahresdurchschnitt:

1974	218.300
1975	185.200
1976	173.900

Dabei verdecken die Durchschnittszahlen noch die Schwankungen innerhalb eines Jahres. Anfang 1976 fanden überhaupt nur ca. 155.000 ausländische Arbeiter einen Arbeitsplatz.

Das heißt: Gegenüber dem Durchschnitt von 1973 haben die österreichischen Kapitalisten in den Krisenjahren ca. 70.000 ausländische Arbeiter heimgeschickt. Bis August 77 haben sie wieder bis 197.900 eingestellt: (Monatsdurchschnitt Jänner – August 1977: 185.200).

(Zahlen nach: Statistische Nachrichten, Hrsg. Statistisches Zentralamt, Sept. 77).

Für 1978 soll die „Zulassung von Gastarbeitern" wieder „restriktiv gehandhabt" werden (Monatsberichte des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 9/77, Seite 472)

Man sieht: Zehntausende Arbeiter werden hin- und hergeworfen – je nach Bedarf der Kapitalisten nach ausbeutbarer Arbeitskraft.

„Industrielle Reservearmee" aus den Mittelmeerländern – Schwächung der Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen

Welche sind die Länder, aus denen derartige Arbeitermassen geholt und wieder zurückgeschickt werden können? Hauptsächlich Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Jugoslawien und die Türkei. Vor allem aus den beiden letzten kommen die meisten ausländischen Arbeiter in Österreich.

Die landwirtschaftliche und gewerbliche Kleinproduktion hat in diesen Ländern große Bedeutung. In großem Umfang dringt imperialistisches Kapital in diese Länder ein. „Spitzenreiter" an Auslandsbeteiligung in jugoslawischen Unternehmen „ist die USA, gefolgt von der BRD und Italien", schreibt die „Presse". „Langfristige Produktionskooperativen wurden in 473 Verträgen geschlossen, wobei die häufigsten Partner (166) in der BRD zu finden sind." In der Türkei sorgen die Assoziierungsverträge mit der EG für offene Grenzen für den Waren- und Kapitalexport der Imperialisten.

Unter dem Druck der ausländischen Waren und dem nachfolgenden Druck des Kapitalexports wird die bestehende industrielle und landwirtschaftliche Kleinproduktion zerstört. Tausende Arbeiter werden „freigesetzt", vor allem werden Bauern von ihrem Land vertrieben.

Die eigene Wirtschaft dieser Länder, durch die imperialistische Ausplünderung an ihrer Entwicklung gehindert, hat für die Masse neuer Lohnarbeiter keine Verwendung. Die Imperialisten Europas nützen das, um diese in ihre Länder zu locken und dort als besonders rechtlose Lohnsklaven auszubeuten.

Etwa 8,1 Millionen Arbeiter waren im Jahre 1973 gezwungen, ihre Arbeitskraft in Westeuropa zu verkaufen (Zahl: Ifo-Institut, München). Die österreichischen und die anderen europäischen Imperialisten haben sich so in den Jahren der „Hochkonjunktur" beständig eine industrielle Reservearmee gehalten und diesen als Hebel eingesetzt zur Schwächung der eigenen Arbeiterklasse, zum andauernden Druck auf Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Das Hin- und Herschieben solcher Arbeitermassen ist überhaupt nur vorstellbar durch ihre politische Rechtlosigkeit in den Ländern, in denen sie Arbeit finden. Den ausländischen Arbeitern werden die elementarsten politischen Rechte vorenthalten. Mit Hilfe von Gesetzen, eigener Polizei sorgt der imperialistische Staat dafür, daß der Bedarf der Kapitalisten an ausländischen Arbeitern je nach Willkür gedeckt ist.

Das Hauptinstrument dieser „Beschäftigungspolitik" in Österreich ist das „Ausländerbeschäftigungsgesetz". Es trat Anfang 1976 in Kraft und legt fest: Eine Beschäftigungsbewilligung wird von den Arbeitsämtern nur vergeben, wenn „die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes die Beschäftigung zuläßt und dieser nicht wichtige oder gesamtwirtschaftliche Interessen entgegenstehen." Die Beschäftigungsbewilligung wird prinzipiell auf ein Jahr beschränkt und an einen bestimmten Betrieb gebunden. Sie kann jederzeit – ohne Möglichkeit Aufschub – widerrufen werden, wenn es die „wirtschaftliche Lage" erfordert.

Arbeitsbewilligung nur für 1 Jahr, nur für einen bestimmten Betrieb, jederzeitiger Widerruf, der meist gleichbedeutend ist mit Verlust der Aufenthaltsbewilligung – das sind Bedingungen, mit denen sich die österreichische Kapitalistenklasse ein Heer von Lohnsklaven unterhält. Nützen kann sie diese Reserve für den Angriff auf die Bedingungen, unter denen die ganze Arbeiterklasse ihre Arbeitskraft zu Markte tragen muß.

Solche Arbeitsbedingungen, die politische Rechtlosigkeit überhaupt, ermöglichen es den Kapitalisten, den ausländischen Arbeitern weit weniger Lohn zu zahlen und so das Lohnniveau ganzer Branchen niedrig zu halten.

In der Sprache des Instituts für Wirtschaftsforschung klingt das so: „Durch die Beschäftigung von Gastarbeitern geht die Schere zwischen „Niedrig-Lohn-Sektoren" und „Hoch-Lohn-Sektoren" nicht zusammen; auch dann nicht, wenn das Angebot von österreichischen Arbeitskräften knapp wird, und die „Niedrig-Lohn-Unternehmen" mehr zahlen müßten. durch die Beschäftigung ausländischer Arbeiter können sie weiterhin niedrigen Lohn zahlen."

„Besonders ausgeprägt dürfte das relative Zurückbleiben der Löhne für Hilfsarbeiter in jenen Sektoren sein, wo ein Großteil der Beschäftigung auf ausländische Arbeitskräfte entfällt. Ausländische Arbeitskräfte dürften hauptsächlich in Wirtschaftsbereichen beschäftigt sein, die .... als Niedrig-Lohn-Sektoren bezeichnet wurden." (WiFo-Monatsberichte, 2/77, Seite 66).

So arbeiten relativ die meisten ausländischen Arbeiter in der Textilindustrie: im Juli 75 waren 22,3 % der Beschäftigten der Textilindustrie ausländische Arbeiter.

Die ausländischen Arbeiter sind Teil der österreichischen Arbeiterklasse

Die ausländischen Arbeiter sind also gegenüber ihren österreichischen Kollegen in einer schlechteren Lage – durch ihre völlige politische Entrechtung, durch ihre wirtschaftliche Schlechterstellung. Doch ist es so: Sie stehen wie die österreichischen Arbeiter in denselben Fabriken; sie tragen mit ihrer Hände Arbeit zur Herstellung des gesellschaftlichen Reichtums bei, den sich die österreichischen Kapitalisten aneignen.

Weil sie in Österreich arbeiten und leben, sind sie genauso z.B. der Steuerauspressung des bürgerlichen Staates unterworfen. Gibt es also einen Unterschied zwischen österreichischen und ausländischen Arbeitern? Nein. Die Arbeiter, die aus dem Ausland kommen, sind ein Teil der österreichischen Arbeiterklasse.

Durch die politische Entrechtung dieses Teils der österreichischen Arbeiterklasse wird die ganze Klasse gespalten in In- und Ausländer. Zielstrebig sucht und nutzt die Bourgeoisie die Ansatzpunkte zum Chauvinismus. Ins Ausländerbeschäftigungsgesetz hat sie die Festlegung aufgenommen, daß „im Fall der Verringerung der Arbeitsplätze die Beschäftigungsverhältnisse der Ausländer vor jenen der inländischen Arbeitnehmer zu lösen sind". „Schutz der Inländer" vor Arbeitslosigkeit soll das sein. Die österreichischen Arbeiter sollen glauben, wenn die Ausländer heimgeschickt werden, werden ihre Arbeitsplätze sicherer. In den Zeitungen, die die Bourgeoisie für sich selbst schreibt, stellen sie das schon richtiger dar: „Eine tiefergreifende Rezession bedroht alle Arbeitsplätze." „Reservate" für Inländer schaffen zu wollen, „...wäre unrealistisch." (Presse, 29.10.1975)

Und so rechnet das Wirtschaftsforschungsinstitut bei seiner Prognose für 78 damit, daß „die Zulassung von Gastarbeitern .... restriktiv gehandhabt wird". Gleichzeitig aber: „Eine nötige Erhöhung der Arbeitslosigkeit auf einen Jahresdurchschnitt von rund 70.000 (Arbeitslosenquote 2,5%) erscheint allerdings nicht vermeidbar." (Monatsberichte 9/77, Seite 472).

Der Chauvinismus, die Spaltung der Arbeiterklasse in In- und Ausländer schwächt die gesamte Klasse. Die Bourgeoisie rechnet: Hat das Argument von der „wirtschaftlichen Lage" einmal gegriffen, ist die kapitalistische Willkür einmal gegen einen Teil der Arbeiterklasse einmal durchgesetzt, dann werden dieselben Maßnahmen auch gegen den übrigen Teil leichter durchgehen. Schon heute haben sich die Kapitalisten mit den besonderen Gesetzen gegen die Ausländer die Möglichkeit geschaffen, diese in ihren Fabriken der Entlassung, niedrigem Lohn und sogenannter „Drecksarbeit" zu unterwerfen. Ziel ist, die Bedingungen dieser „Drecksarbeit" auf die ganze Arbeiterklasse auszudehnen.

Gleichberechtigung verbessert die Bedingungen des Klassenkampfes

Die Rechtlosigkeit eines Teils der Arbeiterklasse verschlechtert die Bedingungen für den Klassenkampf. Man braucht sich da nur einige Fälle der letzten Jahre vor Augen zu halten: Mit Hilfe der Fremdengesetzgebung versuchte der bürgerliche Staat, sich Ausländer vom Hals zu schaffen, die gegen Kapitalismus und Imperialismus auftraten. Erst vergangenen Monat erfolgte die Ausweisung von Christiane Schneider. (siehe Klassenkampf Nr. 22, Seite2)

Die politische Entrechtung der ausländischen Arbeiter erschwert ihre Einbeziehung in betriebliche Kampfaktionen, z.B. gegen die Verschärfung der Ausbeutung. Auch wenn die ausländischen Kollegen sich bei Streikaktionen der letzten Jahre, wie z.B. bei Hukla in Wien oder bei Engel in Schwertberg, nicht abspalten haben lassen.

Die Arbeiterklasse kann die politische Rechtlosigkeit eines Teils der Klasse nicht dulden. Sie kann nicht dulden, daß zehntausende Arbeiter je nach den Bedürfnissen des Kapitals hin- und hergeschoben werden.

Wer gegen die politische Rechtlosigkeit ist, der muß für die völlige Gleichberechtigung sein. Rechtliche Gleichstellung mit den Inländern bedeutet die Zuerkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft an die Ausländer, die eine gewisse Zeit in Österreich leben – mit allen Rechten, die daraus erwachsen.

Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter beseitigt nicht solche Übel wie Arbeitslosigkeit. Genausowenig wie die Rechtlosigkeit und der „Gastarbeiterabbau" die Arbeitslosigkeit beseitigen kann. Aber die Gleichberechtigung von in- und ausländischen Arbeitern schafft weitaus günstigere Bedingungen, die Auswirkungen der Krise für die Arbeiterklasse zu bekämpfen und den Kampf gegen die Wurzel dieses Übels, den Kapitalismus, zu führen. Die Arbeiterklasse braucht die Einheit für den Kampf gegen das kapitalistische Lohnsystem bis zu dessen Sturz. Um die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten und ihren Staat herzustellen, muß die Arbeiterklasse auch für die Gleichberechtigung von in- und ausländischen Arbeitern kämpfen.

Weg mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz!

INFORMATIONSMONAT DER ZEITSCHRIFT AYDINLIK IN WIEN: „DER KAMPF DES VOLKS DER TÜRKEI GEGEN DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE FÜR UNABHÄNGIGKEIT, FREIHEIT UND DEMOKRATIE"

AYDINLIK dergisi, Kasım 1977 de Türkiye halkının BAĞIMSIZLIK, DEMOKRASİ, ÖZGÜRLÜK uğrundaki süper devlet AMERİKAN Emperyalizmi ve SOVYET Sosyal Emperyalizmine karşı mücadelesini tanıtıyor.



Plakat zum Informationsmonat
Preis S 10,- (Beitrag zur Deckung der Unkosten der Veranstaltungen)

11. November: REDE ZUM THEMA „DEMOKRATIE"
Spielfilm „Zweifel", Protestsänger aus der Türkei

19. November: REDE ZUM THEMA „UNABHÄNGIGKEIT"
Dokumentarfilme: „Ödemis–Izmir–Marsch" und „Große Veranstaltung in Stuttgart am 26. März 1977".
Porrhaus, Wien 4., Treitlstraße 3, 19 Uhr

25. November: DEMONSTRATION für die VÖLLIGE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG DER IN ÖSTERREICH LEBENDEN AUSLÄNDER MIT DEN INLÄNDERN!

1. bis 30. November: PHOTOAUSSTELLUNG über den Kampf des Volkes der Türkei gegen die beiden Supermächte
Ort: Kaffehaus „Zur schönen Helena", Wien 5., Margaretenstraße 51

ES LEBE DIE KAMPFEINHEIT DER ÖSTERREICHISCHEN UND AUSLÄNDISCHEN ARBEITER!

VÖEST-Umschulungen

Lohnkürzung, gesteigerte Ausbeutung

„Gott sei Dank habe ich mir in dieser Zeit (nach 1970) meine Möbel gekauft, alte Schulden bezahlt und ein paarmal einen schönen Urlaub gemacht. Jetzt? Jetzt bin ich wieder dort, wo ich vor 1970 mit meinem Lohn war, nur gelten die Preise von heute“, meint ein Kranführer aus dem Stahlwerk Donawitz (Steirische Kronenzeitung, 2.11.)

Das war *vor* der Ankündigung der „Umschulung“ für 15.000 Vöest-Arbeiter, darunter 5.000 aus der Steiermark.

Allein durch den Abbau der Überstunden und der Sonntagsschichten verdient ein Arbeiter 3.000 – 4.000 S im Monat weniger als vorher. Die „Umschulung“ wird jetzt eine weitere Verringerung des Lohns bringen. 90 % des Grundgehalts sollen während dieser Zeit bezahlt werden. Hatte früher ein Arbeiter bis zu 12.000,- im Monat heimgebracht, muß er jetzt froh sein, wenn er eine Sonntagsschicht pro Monat machen darf und auf 9.000,- kommt. Etliche bekommen überhaupt nur mehr 6.000,- pro Monat. Drastische Einschränkungen in der Lebenshaltung der Arbeiter sind notwendig. Minderwertige Nahrung, schlechtere Kleidung werden gekauft, damit genug Geld für die Wohnung oder die Rückzahlung von Schulden bleibt.

Daraus wird ersichtlich: Der ganze „Wohlstand“ der letzten Jahre beruhte auf der immens gesteigerten Verausgabung der Arbeitskraft, war erkauft durch Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, durch erhöhte Arbeitsintensität. – Das waren die „Früchte der Hochkonjunktur“ für die Arbeiterklasse. Jetzt sollen sie „dafür ihren Preis zahlen“, wie es die Kapitalisten formulieren, wenn sie heute die Politik der Sparsamkeit an den Mann bringen wollen.

Bedingt durch die internationale Überproduktionskrise in der Stahlindustrie, verschärft sich der Konkurrenzkampf der einzelnen Stahlgiganten immer mehr. So werden auch für das Vöest-Kapital Maßnahmen zur Sicherung der Marktposition immer gravierender. Solche Maßnahmen hat Bundeskanzler Kreisky schon bei der Regierungsklausur auf dem Kahlenberg in Aussicht gestellt.

Unter Ausrufen, wie: „Trotz kranker Stahlwelt – Optimismus bewahren!“ und „Alle an einem Strang ziehen!“, „Für die Bewältigung der Krise und die Sicherung der Zukunft!“ sollen den Arbeitern Maßnahmen schmackhaft gemacht werden, die genau dem Schlachtplan der Bourgeoisie entsprechen, nämlich der Sicherung des Profits und der Marktposition durch Steigerung der Ausbeutung.

Dazu gehören:

- Aufnahmestop (seit 1975 praktisch), wodurch pro Jahr etwa 1.000 Arbeiter eingespart werden,
- Streichung der Jahresprämie,
- beabsichtigter Abbau aller ausländischen Arbeiter,
- Steigerung der Arbeitsintensität,
- geplanter Gemeinschaftsurlaub der Hüttenarbeiter für Juli/August 78,
- Umschulungen.

War vorerst die Rede von einem „Umschulungstag“ pro Woche, so stellt sich jetzt heraus, daß die Umschulung vom 24. 12. bis 2. 1., d.h. also eine ganze Woche hindurch, stattfinden soll. Man weiß zwar noch nicht im einzelnen, wie diese Umschulungen ausschauen sollen, aber die Linie ist klar: Durchsetzung von Kurzarbeit und Lohnkürzung für Teile der Beschäftigten bei gleichzeitiger Verschärfung der Arbeitshetze.

Die drastischen Lohnkürzungen werden damit gerechtfertigt: Wenn man weniger leistet, verdient man auch weniger: Wenn man keine Sonntagsschichten macht, bekommt man keine Zulage. Wenn man umgeschult wird, bekommt man weniger Lohn, weil man ja nichts produziert. Es wird so der Anschein erweckt: Der Arbeiter bekommt für das bezahlt, was er herstellt und wenn das weniger ist, bekommt er auch weniger Lohn. Tatsächlich aber bestimmt sich der Lohn des Arbeiters nach dem, was er braucht, um sich und seine Familie zu erhalten. Der Arbeiter ist gezwungen, dem Kapitalisten seine Arbeitskraft zu verkaufen, um sich am Leben zu erhalten.

Gleichgültig, wie weitgehend der Kapitalist die Arbeitskraft nützt, braucht der Arbeiter genug Geld, um seine Arbeitskraft wiederherzustellen. Auch wenn er nur 3 Tage in der Woche arbeitet, muß er 7 Tage in der Woche von dem Lohn leben, den er bekommt.

Auch bei der Umschulung ist voller Lohnausgleich notwendig, um der Verelendung der Arbeiterklasse entgegenzuwirken.



Rationalisierungswelle im öffentlichen Dienst trifft die Zusteller hart

Ich bin Student und arbeitete im Sommer als Urlaubsvertretung für Briefträger bei der Post. Da ich das vor 2 und 3 Jahren auch schon machte, fiel mir sofort die Mehrbelastung auf, der die Zusteller jetzt ausgesetzt sind. Davon zeugen auch immer wieder die verbitterten Bemerkungen der Kollegen über die Rayonszusammenlegungen in der letzten Zeit.

Jeder Zusteller bekam zu seinen Häusern, die er früher mit Post belieferte, noch einige dazu – so konnten einige ältere Zusteller ersatzlos in Pension geschickt werden. Diese Rationalisierungsmaßnahme wurde kaschiert mit den Worten „Rayonsneuaufteilung“, „größere Übersichtlichkeit der Rayons“, usw. Weiters gibt es jetzt für jeden Zusteller ein Handwägelchen statt des Rucksacks. Aber jeder sieht, das Handwägelchen wird jetzt gebraucht, weil da mehr Post reingeht, die in einem Rucksack überhaupt nicht mehr Platz hätte. Ein zusätzlicher Belastungsfaktor ist die immer größer werdende Flut von Geschäftsbriefen und „Verteilern“ (Werbeprospekte für jeden Haushalt). Nur mehr ca. jedes 10. Poststück ist ein normaler, privater Brief bzw. Ansichtskarte, alles andere Massensendungen, Firmenpost, die für die Kapitalisten zu Vorzugspreisen befördert wird, aber genausoviel Arbeit macht. (Das bezahlt natürlich der „kleine Mann“ großteils damit, daß er seine 3,-S-Marke kleben muß).

Eine weitere Rationalisierungsmaßnahme ist, daß die normalen Zusteller auch alle Geldbeträge zustellen müssen, wodurch die „Geldbriefträger“ eingespart werden. Das bedeutet zusätzliche Schreibarbeit, Abrechnung, Stiegensteigen – und alles muß stimmen: bei Irrtum gibt es keine Sicherheit, für einen Fehlbetrag muß der Zusteller selbst aufkommen.

Durch den Reallohnabbau, der in den letzten Jahren betrieben wurde, sind die Kollegen zu zusätzlicher Arbeit oder Einschränkung ihrer Lebenshaltung gezwungen. Die einen melden sich „freiwillig“ für die regelmäßige Zeitungszustellung am Samstag, die anderen arbeiten zusätzlich als Aushilfe in der Paket-Umleitung, die dritten gehen pfuschen. So wird die Ruinierung der Gesundheit der Zusteller beschleunigt.

Wer das alles nicht schafft, und sich Fehler leistet, wird zurückversetzt – er kommt in die Paket-Umleitung oder wird „Springer“ (d.h., er verliert seinen Stammrayon und wird in den verschiedenen Rayons als Urlaubs- und Krankenstandsvertretung eingesetzt, was eine weitere Arbeitserschwernis ist).

Diese gesamte Situation erzeugt beträchtlichen Unmut unter den Zustellern, und diesen Unmut bekommt momentan hauptsächlich der Aufsichtsbeamte zu spüren, der täglich hinter vorgehaltener Hand oder offen beschimpft wird.

Kinderfreunde und Notensystem – Der Knüppel soll schärfer werden

Die SP-Kinderfreunde haben kürzlich die Abschaffung der Schulnoten in den Fächern Musik, Zeichnen, Turnen und politische Bildung gefordert. Wenn das Getue auch vorerst ohne Konsequenzen bleiben wird, so ist doch allein die Tatsache bemerkenswert. Sie zeigt, wie groß der Unmut über das bestehende Notensystem ist. Sie zeigt die Empörung über diesen Knüppel in der Hand der Schulbürokratie. Sie zeigt: Das Verlangen nach Abschaffung des Notensystems ist groß.

Bemerkenswert ist aber nicht nur das. Es lohnt sich, die Argumentation der Kinderfreunde näher anzuschauen, handelt es sich dabei doch um ein Schulbeispiel sozialdemokratischer Taktik.

Zunächst fällt auf, daß die Kinderfreunde ausgerechnet in Musik, Turnen, Zeichnen und politische Bildung die Noten abschaffen wollen. Es ist nicht nur uns, sondern sicherlich auch jedem Kinderfreundefreund bekannt, daß das genau jene Fächer sind, in denen der Notenknüppel ohnehin bedeutungslos ist. Ausgesiebt wird in ganz anderen Fächern, vornehmlich in Deutsch, Englisch, Mathematik. Augenscheinlich stellen die sozialdemokratischen Kinderfreunde die Forderung also so, daß sie der Schulbürokratie nicht weh tut. Sie knüpfen an der vorhandenen Empörung an und wollen ihr die Spitze nehmen, sie auf unwesentliche Dinge abbiegen. Was hilft die Abschaffung der Noten in ein paar Nebengegenständen, wenn dafür in den Hauptgegenständen der Notenknüppel erhalten bleibt. Im Gegenteil, durch die Beschränkung auf die Notengebung auf die wesentlichen Fächer gewinnen die Noten noch an Gewicht, wirkt der Notenknüppel in den Hauptfächern umso ärger.

Wer glaubt, daß es sich damit hat, der irrt. Er muß erst noch die Begründung der Kinderfreunde für ihre Forderung hören. Sie begründen sie damit, daß es „keine objektive Leistungsbeurteilung gibt“! Tatsächlich ist die Hauptaufgabe des Notensystems, die Schüler zu unterdrücken und zu spalten; diejenigen aus der Jugend herauszuziehen, die „geeignet“ sind, in Fabriken, Büros und Ämtern im Interesse der Kapitalistenklasse „höhere Funktionen“ auszuüben. Die Leistung, die dabei beurteilt wird, ist: Kuschen bzw. das erfolgreiche Lernen von Lügen und bürgerlichen Schulweisheiten. In welche Richtung wenden die Kinderfreunde aber nun den Unmut über diesen Zustand? Sie rufen, daß „das derzeitige Notensystem nicht objektiv genug ist! Auf, auf die Suche nach einem effektiveren System der Leistungsbeurteilung! Sinowatz hat auch schon in diese Richtung nachgestoßen. „Solange kein besseres und in der schulischen Praxis auch durchführbares System der Leistungsbeurteilung vorliege, könne das derzeitige Benotungssystem nicht abgeschafft werden“, vermeldete er gegenüber der AZ. „Wohl aber würde er eine allgemeine Diskussion als Impuls für weitere Reformen sehr begrüßen.“

Die Diskussion haben ihm die Kinderfreunde gratis und frei Haus geliefert, die „weiteren Reformen“ ziehen sich fürs erste. Ohne Notenknüppel kommt das bürgerliche Schulsystem nicht aus. Wie aber das Notensystem so reformieren, daß die Empörung darüber zum Stillschweigen gebracht wird und es trotzdem verschärft wird?

Die Kinderfreunde haben das Kunststück fertiggebracht, die Empörung über das Notensystem auf Unwesentliches abzulenken und sie gleichzeitig zu nützen für die Propaganda reaktionärer Reformen. Auf dem Papier zumindest. Wie weit sie damit in der Praxis durchkommen werden, steht freilich auf einem anderen Blatt. Sie werden aber nicht verhindern können, daß sich Schüler, Eltern und fortschrittliche Schüler gegen das gesamte Notensystem wenden.

Manöver im Attergau
Das Militärkonzept der Bourgeoisie auf dem Prüfstand

Vom 11.-18.11. sollen im Attergau Manöver des Bundesheeres sein. Das bisher darüber Bekannte wirft einiges Licht auf die verstärkten Kriegsvorbereitungen der österreichischen Bourgeoisie. 12.000 Mann - fast ein Viertel eines Einrückungstermines - werden zum gößten Manöver seit langer Zeit getrieben. Die Soldaten spüren als erste die härtere Gangart der Aufrüstung. Aus etlichen Kasernen wird berichtet, daß nach den Manövern nicht eine Erholungspause, sondern eine 14-tägige Truppenübung ins Haus steht.

300 Panzer werden in den Räumen Strasswalchen, Seekirchen, Eugendorf, Frankenmarkt, St. Georgen, Vöcklamarkt, Walchen und Haid die Felder der Bauern verwüsten. Von den 50 Mill. Schilling, die die Manöver kosten werden, werden die Bauern als letzte etwas sehen. Ganz gleich, wie hoch die angerichteten Flurschäden sind - die Bauern kriegen höchstens eine Entschädigung von 8.000 - 10.000 Schilling.

Vorbereitung auf „Alles für den Krieg"

Die Manöver im Attergau sollen der Bourgeoisie auch zur Propagierung ihres „Verteidigungskonzeptes" dienen (siehe nebenstehenden Artikel). Höhepunkt soll dabei eine Großparade am Freitag, den 18.11. in Vöcklabruck sein. Die Militärs hätten gerne diese Parade am Donnerstag, den 17. zur Stoßzeit am Nachmittag durchgeführt. Das war Polizei und Bezirksbehörden zuviel des Guten, wäre doch der Verkehr total zusammengebrochen. So oder so sollen die Manöver auch ein Schritt dazu sein, die Zivilbevölkerung auf Opfer für die Kriegsvorbereitungen vorzubereiten. Die bürgerliche Presse bereitet darauf vor, daß in der „Manöverwoche mit größeren Verkehrsbehinderungen zu rechnen sein" wird (OÖ. Nachrichten, 4.11.77).

Nähme die Bevölkerung ohne Widerstand hin, daß die Straßen zuerst für die Panzer da sind, wäre für die Bourgeoisie einiges gewonnen, ist es doch einer ihrer nächsten großen Pläne, im Zuge der Kriegsvorbereitungen die Zivilbevölkerung in ein Mobilmachungssystem einzuspannen.

Die Manöver im Attergau sind eine neue Stufe der Kriegsvorbereitungen in bezug auf das Zusammenspiel von Militär und anderen Teilen des bürgerlichen Staates. „Die Bahn stellt in ihrem größten Einsatz für das Heer 82 Züge mit 1.800 Waggons" (Presse, 3.11.1977). In Vöcklabruck wird eine Koordinationsstelle eingerichtet, denn erstmals sollen bei einem Manöver auch Zivilbehörden zur Mitwirkung herangezogen werden" (OÖ. Nachrichten, 4.11.1977).

Die Ausrichtung aller Organe des bürgerlichen Staates auf die militärischen Erfordernisse war seit jeher ein guter Maßstab für den Stand der Kriegsvorbereitungen. Die beim Manöver im Attergau getroffenen Maßnahmen zeigen, wie blutig ernst es der Bourgeoisie mit der Aufrüstung ist.

Selbstentlarvung des Entspannungsbetruges

Im Gegensatz zu „sonstigen Heeresgepflogenheiten werden diesmal keine Militärattaches eingeladen" (OÖ. Nachrichten, 3.11.1977) - ein Beweis mehr für den betrügerischen Charakter des Entspannungsrummels. Vor kurzem hat Generalmajor Kuntner, Österreichs Vertreter bei den Wiener Truppenabbaugesprächen, im Fernsehen zu den völlig ergebnislosen Abrüstungskonferenzen erklärt: Es sei doch auf jeden Fall ein großer Fortschritt, daß so „vertrauensbildende Maßnahmen", wie die wechselseitige Einladung zu Manövern, eingeführt worden seien. Von eben den Maßnahmen, die sonst als Feigenblatt der Blößen des Entspannungsbetruges gelten, hält die Bourgeoisie bei den größten und wichtigsten Manövern nichts.

Atomminen am Reschenpaß und Görz
Das Schweigen bestätigt die Absicht

Ende Oktober tagte in Neapel das NATO-Kommando Süd. Es wurden dort, unter Berücksichtigung der Gefahr eines prosowjetischen Umsturzes in Jugoslawien nach dem Ableben Titos, Maßnahmen für die Stärkung der NATO-Südflanke beraten. Dabei wurde der Plan bekannt *für den Fall eines sowjetischen Angriffes auf Norditalien verschiedene neuralgische Punkte entlang der norditalienisch-österreichischen Grenze atomar zu verminen.* NATO-Offiziere erklärten, insbesondere die Invasionsrouten Görz und Reschenpaß (an der österreichisch-italienischen Grenze) eigneten sich für den Einsatz atomarer Landminen, durch die „ganze Berge auf die Angreifer herabgesprengt werden könnten", wenn die konventionelle Abwehr versagt (Presse, 24.10.).

Damit wurde wieder einmal die Frage aufgeworfen, was das österreichische Volk im Fall eines Krieges zwischen den Supermächten und ihren Militärbündnissen zu erwarten hat. In diesem Zusammenhang ist auch das Interview interessant, das der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Haig, kurz vorher der „Presse" gab.

In bezug auf die Stellung der nicht vertraglich an die NATO gebundenen westeuropäischen Länder, wie Österreich, in der „Verteidigung Europas" meinte er „ganz offen": „Als Aufgabe im weitesten Sinn gilt es, jene Werte zu bewahren, die wir gemeinsam teilen und die sich vom autoritären Modell auf der Rechten und Linken unterscheiden". Gemeint sind die „westlich-demokratische" Ausbeuterordnung, das kapitalistische Privateigentum und die gemeinsamen imperialistischen Interessen. „Ich meine damit nicht, daß wir die Grenzen der Mitgliedschaft der Allianz im großen Sinn ausweiten sollten. Das ist deutlich eine politische Frage; die Länder, die berührt werden – ob sie wollen oder nicht, sie werden berührt – müssen Risiko und Vorteil subjektiv abwägen." (alles „Presse" 22. 10.)

Wie es dabei von seiten der NATO mit der „Berührung" Österreichs und seiner Souveränität ausschaut, zeigt der Plan der Atomminen an der österreichisch-norditalienischen Grenze.

Tatsächlich hat jedoch auch die österreichische Monopolbourgeoisie und ihre Regierung schon länger „Risiko und Vorteil" subjektiv abgewogen und entschieden: Wir unterstützen heute die „Entspannungspolitik" und verhalten uns dem Sozialimperialismus gegenüber möglichst beschwichtigend, um unseren Spielraum für Geschäfte in der Welt und im Ostblock zu verbessern.

Zugleich bereiten wir alles darauf vor, um im Falle eines Krieges zwischen den Supermächten in Europa unsere Interessen mit Hilfe und auf seiten der NATO zu sichern und an der möglichen Beute teilzunehmen.

Durch den Beitritt zur „Internationalen Energieagentur" wurde ein offener Schritt getan, um für den Fall eines Krieges die Bereitstellung von Energiereserven, wie Öl, gemeinsam mit den NATO-Staaten abzustimmen und jene Gesetze zu vereinheitlichen, „welche die Möglichkeiten eines Zugriffs auf private und verstaatlichte Mittel regulieren", wie Haig sagt.

Tatsächlich ist jedoch *bereits das ganze Militärkonzept auf die Integration in die NATO-Strategie ausgerichtet.*

Für den Fall eines Angriffs der Sowjetunion auf Westeuropa, und damit auf Österreich, besteht folgender Plan:

den ganzen Osten Österreichs einschließlich Wien und Graz aufzugeben, die Regierung in den „Zentralraum" zu verlegen, der verteidigt werden kann; ferner mit Hilfe der NATO bestimmte „Schlüsselzonen"-nämlich das Donautal nach Westen und das Durchzugsgebiet nach Norditalien in die Steiermrk und in Kärnten-unbedingt gegen den Vorstoß der Warschauer Pakt-Truppen zu halten, um einen entsprechenden Beitrag im Rahmen des NATO-Konzepts zu leisten. Und das alles zu dem Zweck, um im Falle einer sich abzeichnenden Niederlage des Sozialimperialismus das Bundesheer wieder zu einer „klassischen Armee" zu formieren, „die zur Hilfe fähige Verbände von außen gleichberechtigt empfangen kann und als politischen Preis dieser ungeheuren Anstrengung als souveräner Partner behandelt wird", wie es General Spannocchi ausdrückte.

Über all das wird natürlich nicht gern offen gesprochen. Diese Pläne bleiben im Halbdunkeln, würde sie doch auf wenig Gegenliebe im Volk stoßen. Dementsprechend tat Kreisky über den Plan einer atomaren Verminung an Österreichs Grenzen völlig überrascht: Er wisse nix.

Wir haben schon früher im „Klassenkampf" (9/77) darauf hingewiesen:

„Bei der militärpolitischen Rechnung der österreichischen Monopolbourgeoisie wird nur eine Größe sicher aufgehen: Die Spaltung des Landes und die Tatsache, daß Österreich zum Kriegsschauplatz wird. Der „Preis dieser ganzen ungeheuren Anstrengung „werden Hunderttausende oder Millionen Tote sein. Die „materielle Unterstützung" der NATO „vorwiegend aus der Luft" werden Bomben, Napalm und sogar „taktische" Atomwaffen sein, „um dem Aggressor die Schlüsselräume zu verwehren". Die österreichische Bourgeoisie erhofft sich von diesem Gemetzel die „Behandlung als souveräner Partner", sie erhofft sich ein wenig „Gleichberechtigung" bei der Verteilung der Beute, wenn es der NATO gelingt, den Sozialimperialismus in einer Konteraggression zurückzutreiben." Die österreichischen Arbeiter und Werktätigen sollen dafür als Kanonenfutter herhalten.

Die Pläne der NATO, die österreichisch-norditalienische Grenze mit Atomminen zu spicken, „die ganze Berge herabsprengen können", und die Reaktion der österreichischen Regierung darauf – nämlich Schweigen – bestätigen das.

Gruppe „Querschläger" veranstaltet am 19./20. November nationale Konferenz in Wien

Im Sommer, nach Erscheinen der Nummer 3 der Zeitung „Querschläger", wurde die bisherige Praxis der antimilitaristischen Arbeit in der Gruppe „Querschläger" diskutiert und festgestellt, daß eine weitere gemeinsame Arbeit nur auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform erfolgen kann. Der „Querschläger" solle nicht länger Kommentator, sondern Organisator und Propagandist der antimilitiaristischen Bewegung sein.

Mit der Nr. 4 wurde begonnen, durch den Abdruck zweier Plattformentwürfe – einem von der Fraktion des KB, einem von einem Mitglied der FÖJ und Unorganisierten – diese Diskussion vor allen „Querschläger" - Lesern öffentlich zu führen und so jedem die Möglichkeit zu geben, sich daran zu beteiligen. In der Zwischenzeit brachte auch ein Mitglied der Jungen Generation in der SPÖ einen weiteren Entwurf ein (im wesentlichen eine Kurzfassung des FÖJ-Entwurfes), die trotzkistische Gruppe IKL gab eine programmatische Erklärung ab.

Die Richtigkeit dieser Vorgangsweise zur Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für die Arbeit aller aktiven Antimilitaristen in- und außerhalb der Kasernen bewiesen die zahlreichen Zuschriften aus allen Teilen Österreichs. Ein Querschnitt davon wurde in der soeben erschienen Nummer des „Querschläger" abgedruckt. Der weitere Plan ist nun der, die Kräfte auf *die Konferenz am 19./20. November in Wien* zu konzentrieren, auf der die Plattform in ihrer endgültigen Fassung sowie die Organisationsstruktur der künftigen „Querschläger"-Gruppe beschlossen werden sollen. Wesentlich ist, daß daran nicht nur die Mitarbeiter der Wiener Gruppe teilnehmen sollen, sondern auch alle anderen aktiven Antimilitaristen aus den Bundesländern, die sich am „Querschläger"-Verkauf und über Leserbriefe und Artikel an dessen Herstellung beteiligt haben.

Worum wird es auf dieser Konferenz gehen?

Die bisher eingebrachten Plattformentwürfe weisen z.T. stark voneinander abweichende Auffassungen über den Charakter der Plattform sowie über Ziel und Zweck der antimilitaristischen Arbeit auf. Die Mitglieder des KB im „Querschläger" haben seit Beginn der Debatte folgende Punkte als Voraussetzung für eine taugliche Grundlage der Arbeit eines Soldaten- und Reservistenkomitees betrachtet: 1. eine „Prinzipienerklärung" gegen den reaktionären Charakter, Zweck und Ausbau des Heeres, 2. die Benennung der Linie, auf der antimilitaristische Arbeit erfolgen soll: Zersetzung des Heeres und allgemeine Volksbewaffnung als Ziel, 3. einen Forderungskatalog, dessen Forderungen in den täglichen Kämpfen den Zusammenschluß breitester Massen von Soldaten gegen das militaristische Kasernensystem ermöglichen und die kämpferische Einheit der Soldaten mit dem Volk anstrebt. So wurde auch der Plattformentwurf des KB eingebracht.

Demgegenüber brachte ein Mitglied der FÖJ einen Vorschlag ein, der nicht dieser Gliederung entsprach. Abgesehen von Differenzen in bezug auf die unmittelbare

Fortsetzung auf Seite 14

Versammlung von 500 Menschen in Bregenz

„Für das Recht auf freie Meinungsäußerung!"

Wie wir schon im Klassenkampf Nr. 20/77 berichteten, wird dem Mittelschullehrer Willi Sieber, der für ein antimilitaristisches Flugblatt der Arbeitsgruppe „Friedenspolitik" verantwortlich zeichnete, mit dem Rausschmiß aus dem Schuldienst gedroht. Nach dem Schreiben des Vorarlberger Militärkommandanten an den Landesschulrat und nach der parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten Melter und Jossek von der FPÖ in diesem Sinne, widmete der Chefredakteur Scharach von der „Neuen Vorarlberger Tageszeitung" dem „Fall Sieber" einen ganzseitigen Hetzartikel.

Die Reaktion erfolgte prompt: Eine Flut von Leserbriefen und Anrufen ergingen an die „Neue", überwiegend zugunsten Siebers (die Glückwünsche an Chefredakteur Scharsach kamen z.B. von solchen Organisationen wie dem Kärntner Heimatdienst!). Eine überparteiliche „Aktion freie Meinungsäußerung" wurde ins Leben gerufen. Denn Sieber ist kein Einzelfall, er ist nur die Spitze eines Eisberges.

Am 22. 10. lud die Aktion zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Für das Recht auf freie Meinungsäußerung" in die Bregenzer Stadthalle ein. Um 20 Uhr füllten 500 Menschen den Saal. Nach den Solidaritätserklärungen der Klasse, in der Sieber Klassenvorstand ist, und von Vertretern verschiedener Organisationen (u. a. sprach der Sekretär der Vorarlberger Gewerkschaftsjugend im Namen der Gewerkschaftsjugend von 6 Bundesländern) fand eine Podiumsdiskussion statt, an der u.a. Nationalrat Melter von der FPÖ und W. Mayer, Landesobmann der Metallergewerkschaft, als SP-Vertreter, teilnahmen (ÖVP-Vertreter war keiner erschienen). Während es unter dem Druck der Stimmung im Saal auch dem Parteienvertreter der FPÖ nicht möglich war, gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung aufzutreten, wurde gleichzeitig von beiden Herrn versucht, den Inhalt des Flugblattes, um das es ging, auf der einen Seite herabzumachen, auf der anderen Seite der Lüge zu bezichtigen. Kein Wunder, wurde im Flugblatt doch das militaristische Kasernensystem, die Wehrgesetznovelle und die ganze Wehrpolitik des Staates angegriffen.

Bei diesen Versuchen und beim Bemühen des SP-Vertreters, den Unmut unter den Anwesenden auf die Mühlen der eigenen Partei zu lenken, holten sich die Herren aber kalte Füße. In der Publikumsdiskussion griff der Vater von W. Sieber die bürgerlichen Politiker frontal an: Es sei höchste Zeit, daß das Volk selbst Politik mache und dieses Geschäft nicht mehr „Volksvertretern" überlasse, die dann ganz andere Interessen vertreten. Auch den Vorwurf, in dem Flugblatt, für das sein Sohn verantwortlich zeichnete, stünden Lügen, quittierte er sofort: Die Politiker aller Parteien belügen uns jeden Tag, sie werfen sich ja selber ständig ihre gegenseitigen Lügen vor – dort stehen also die Lügner, gegen die vorgegangen werden muß!

Das Publikum dankte ihm mit brausendem Applaus, bei den Politikern aber sah man betretene Gesichter. Hatte ihnen doch hier einmal der vielzitierte und von ihnen so gern mit Beschlag belegte „Mann aus dem Volke", ein kleiner Angestellter, ein politisch unbeschriebenes Blatt, seine Meinung gesagt – für sie gar nicht angenehm.

Alles in allem war diese Veranstaltung ein großer Erfolg, eine Unterstützung für alle, die der von dem Betrügerheer der bürgerlichen Politiker und Journalisten geschaffenen „öffentlichen Meinung" die Ansichten und Interessen des Volkes entgegenstellen wollen.

Demonstration gegen Schahbesuch in USA

Mitte dieses Monats wird der Schah von Persien seine nunmehr 12. Reise in die USA antreten. Der Zweck der Reise sind neue wirtschaftliche und militärische Verträge, die die Abhängigkeit des Irans vom US-Imperialismus vergrößern und die Unterdrückung und Ausbeutung des iranischen Volkes vorantreiben und verstärken sollen

Dagegen führen die iranischen Studentenorganisationen eine breite Demonstration durch, die vom Kommunistischen Bund/Ortsgruppe Wien und seinen Masseorganisationen unterstützt wird.

Zeit: Dienstag, 15. November, 17 Uhr
Treffpunkt: Ecke Währinger Straße/Nußdorferstraße

Ausbeutung Polens :

Der RGW dient heute der Sowjetunion als Instrument zur Ausbeutung und Ausplünderung der kleineren Mitgliederstaaten. Die Sowjetunion zwingt diesen Ländern eine einseitige Ausrichtung und Spezialisierung ihrer Produktion auf und verhindert somit mit allen Kräften die Entwicklung sozial unabhängiger Wirtschaftsbasis. All dies geschieht unter dem Motto „brüderliche Hilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit."

Diese „brüderliche Hilfe" war und ist auch eine der wichtigsten Ursachen für die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens. Heute sind große Teile der Produktion in Polen auf die Bedürfnisse der Sozialimperialisten ausgerichtet. Durch die Zerrüttung seiner Wirtschaft war Polen gezwungen, seine Wirtschaftsbeziehungen mit den westlichen Imperialisten auszubauen und den eigenen Markt für deren Waren und Kapital zu öffnen. Dadurch wurde jedoch keines der Probleme gelöst - im Gegenteil: Neben der Ausbeutung und Ausplünderung durch die Sowjetunion wurde Polen nun auch von den westlichen Imperialisten in die Zange genommen.

Auch Österreich nützt die hohe Verschuldung und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens aus, um seinen Zugriff zu verstärken und einen Teil der Beute an sich zu reißen. Durch einen verstärkten Vorstoß mit ihrem Waren- und Kapitalexport vor allem in den letzten Jahren beteiligen sich die österreichischen Imperialisten an der Ausbeutung und Ausplünderung

„Querschläger" Konferenz

Fortsetzung von Seite 13

antimilitaristische Arbeit verbergen sich in diesem Entwurf hinter revolutionären Phrasen reformistische Ansichten über den Verlauf der Revolution, eine Unterschätzung der aktuellen Kriegsgefahr und eine einseitige Bestimmung des Bundesheers als Bürgerkriegsinstrument nach innen. Im Verlauf der Diskussion über den Charakter einer Plattform gelang es, weitgehen Einigkeit zu erzie len, daß solche Abhandlungen nichts in einer Querschläger"-Plattform zu suchen haben, sondern nur alle diejenigen von der Mitarbeit ausschließen würden, die diese Einschätzungen nicht teilen. Es gab auch nur wenig Differenzen über den Forderungskatalog, was sich bei beiden genannten Entwürfen in der diesbezüglichen Übereinstimmung ausdrückt. Das hat der letzte Artikel dazu im „Klassenkampf" nicht berücksichtigt. Zum Beispiel stellt er die in der Diskussion erzielte Einigung mit den Verfassern dieses Entwurfes falsch dar und wirft ihnen unverständlicherweise vor, sie hätten die Forderungen des KB-Entwurfes „abgeschrieben".

Der Verlauf der bisherigen Debatte zeigt: Es wird auf der Konferenz vor allem um den praktischen Zusammenschluß all der Aktivisten und Kräfte gehen, die *wirklich* eine konsequente antimilitaristische Arbeit, den Aufbau von Zellen in den Kasernen und die Arbeit zur Militärfrage im ganzen Volk im Sinn haben. Wichtig ist dabei, wegzukommen von der Orientierung, daß da Vertreter verschiedener Organisationen zusammensitzen, und sich auf ein Militärprogramm einigen. Worum es geht, ist der Aufbau eines demokratischen Personenkomitees, dessen Grundlage seine Plattform zu einer bestimmten Frage ist, deren Mitglieder einen bestimmten organisatorischen Zusammenhalt haben das aber prinzipiell allen Soldaten, Reservisten und antimilitaristisch gesinnten Menschen offensteht. Nur so können die Soldaten, um die es in erster Linie geht, zusammengeschlossen und in ihren Kampf geführt werden, nur so kann das BH wirksam zersetzt werden und nur so können fortschrittliche Menschen aus dem Volk überzeugt werden, daß das ganze Volk zu den Waffen greifen muß, will es Aubeutung und Unterdrückung entschieden bekämpfen.

Trotz der verschiedensten Differenzen halten wir eine Einigung mit allen aufrechten Antimilitaristen für möglich, und auch in der „Querschläger"-Gruppe stehen die Zeichen diesbezüglich recht gut. Wir müssen aber die Differenzen ernst nehmen, ihre Ursachen enthüllen und in der gesamten antimilitaristischen Bewegung unsere Überzeugungsarbeit vor allem in diesen Fragen verstärken. Nur so werden unsere Bemühungen, aus dem „Querschläger" ein wirkliches Soldaten- und Reservistenkomitee mit regelmäßig erscheinender Zeitung (derzeit 6-wöchentlich) zu machen und einen maximalen Beitrag für den Aufbau weiterer Gruppen in andern Orten Österreichs zu leisten, Erfolg haben.



Die Soldatengruppe trifft sich jeden MONTAG um 19.00 Uhr in der SCHOTTENGASSE 3a/I/59, 1010 Wien, Tel. 63 80 653
POSTADRESSE: Wolfgang Binder „QUERSCHLÄGER" Zollergasse 5/III/9 1070 Wien

Der Kampf der polnischen Arbeiterklasse

Die polnische Arbeiterklasse führte in den letzten Wochen Streiks, Demonstrationen und andere Kampfaktionen gegen das wachsende Elend und die verschärfte politische Unterdrückung durch. Die „Presse" z. B. berichtete von einer Streikwelle, die die wichtigsten Betriebe des westlichen Teiles von Polen erfaßt hat. Die Streik- und Protestwelle ist die Reaktion der polnischen werktätigen Massen auf die Versuche der polnischen Bourgeoisie, die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes durch Preiserhöhungen und Massenbelastungen zu mildern.

Gierek mußte selbst eingestehen:

„.... die Landwirtschaft erzielte niedrigere Getreideerträge als geplant .... Um das daraus resultierende Futterdefizit auszugleichen, sind wir gezwungen, die ...Getreideimporte zu erhöhen, was die Situation unserer Zahlungsbilanz noch weiter kompliziert." „Wir sind uns bewußt, daß die Menschen Erscheinungen wie den illegalen Handel mit Mangelwaren, die Spekulation und Korruption besonders empfindlich spüren." „Jetzt müssen wir für eine gewisse Zeit den Beginn neuer Investitionen zurückstellen."

Die von Krisen geschüttelte Lage Polens, das die Sozialimperialisten immer weiter ausbluten, nützen die westlichen Imperialisten. Die österreichischen sind fest dabei, um an Einfluß zu gewinnen. Den Aufschwung der Arbeiter- und Volksbewegung betrachten sie mit einem lachenden und einem weinenden Auge.

Auf der einen Seite haben sie, wie alle Imperialisten, Angst vor ihm. Auf der anderen Seite wollen sie die Verschärfung des politischen Kampfes in Polen für ihre imperialistische Expansion nutzen. Vor zwei Wochen brachte der ORF eine Fernsehsendung über eine neue Bürgerrechtsbewegung in Polen, die von Intellektuellen in die Richtung der bürgerlichen Demokratie geführt werden soll. Dabei setzen die westlichen Imperialisten auf den Einfluß der Kirche: „Intellektuelle und Arbeiter werden in ihrem Kampf von der katholischen Kirche unterstützt. Kardinal Wyszynski hat erst im September in einem Hirtenbrief die kommunistischen Behörden wegen ihres Gesinnungsterrors scharf angegriffen. Die .... Regierung sieht sich also zunehmend einer Einheitsfrontbewegung von Arbeitern, Intellektuellen und Kirche gegenüber".

Wyszynski, das Oberhaupt der polnischen Kirche, weiß allerdings gut, daß die Entwicklung des Klassenkampfes nicht in diese Richtung geht. Deshalb arbeiten der hohe Klerus und die Gierekclique auch gemeinsam gegen die Bewegung der Arbeiter und Volksmassen. In einem Kommunique eines Treffens zwischen Gierek und Wyszynski am 29. 10. hieß es, es sei über „die wichtigsten Angelegenheiten der Nation und Kirche, die eine große Bedeutung für die Einheit der Polen und die Gestaltung der polnischen Volksrepublik haben", gesprochen worden. Der Klerus weiß, daß seine Macht und sein Besitzstand – trotz scharfer Konkurrenz zur Gierek-Clique – vom polnischen Staat gestützt wird und die Bourgeoisie setzt auf die religiöse Verdummung durch die Pfaffen gegen die stärker werdende Arbeiterbewegung.

Tatsächlich denken die wirklichen Führer der Arbeiter- und Volksbewegung nicht an den bürgerlichen Demokratismus und der Pfaffen Paradies. Gegenüber dem Zentralorgan der AKP/ML erklärte der Sprecher der Arbeiter- und Studentenkomitees über die Ziele der Aufstände 1970 und 1976 der Arbeiterklasse:

„Im Dezember 1970 erzwang die Arbeiterklasse den Sturz von Parteichef Gomulka. Der Aufstand war besonders in den Ostseestädten stark und richtete sich direkt gegen die Teuerung. Aber genauso wichtig war: Die Arbeiter hißten rote Fahnen und riefen nach Sozialismus und Diktatur des Proletariats und traten auch gegen den westlich inspirierten Kapitalismus, den Gomulka eingeführt hatte, auf."

Die Arbeiterklasse bereitet sich auf den Sturz der Bourgeoisie und die Vertreibung der sozialimperialistischen Besatzer vor, um die politische Macht zurückzuerobern; dann wird sie auch die Pfaffen verjagen, und mit der Ausplünderung Polens durch den Westen Schluß machen.

Österreichische Imperialisten beteiligt

Polens. Allein 1975 und 1976 kam es zwischen Österreich und Polen zum Abschluß einer Reihe von bedeutenden Kreditverträgen in der Gesamthöhe von rund 18 Milliarden S. Bereits 1976 stand Polen mit einem Schuldenberg von 8 Milliarden S an der Spitze der Hauptschuldnerländer Österreichs. Die Verschuldung Polens wird sich auch in den kommenden Jahren weiter vergrößern, da ein Großteil der kürzlich gewährten Kredite noch nicht ausgenützt ist.

Durch die großzügige Gewährung von Krediten versucht Österreich, sich am polnischen Markt festzusetzen und ihn langfristig zu einem sicheren Absatzgebiet für österreichische Waren und Kapital zu verwandeln. Die österreichischen Kredite werden zum Großteil in Form der sogenannten „direkt gebundenen Finanzkredite" gewährt. Das bedeutet, daß Polen über den Kredit nicht frei verfügen kann, sondern ihn nur für den Kauf von vorher bestimmten Produkten in einem oder mehreren genau festgelegten Betrieben in Österreich verwenden darf. So dienen diese Kredite als direkter Hebel zur gezielten Ankurbelung der österreichischen Exporte nach Polen.

Die rasch ansteigenden Exportziffern der letzten Jahre zeigen bereits die ersten „Erfolge": „Die Außenhandelsbeziehungen Österreichs zu Polen sind in den vergangenen Jahren durch eine stete und dynamische Aufwärtsentwicklung gekennzeichnet... Den Zuwachsraten im österreichisch-polnischen Warenaustausch, die 1974 gegenüber 1973 rund 60 % und rund 24 % 1975 im Vergleich zu 1973 betrugen, ist im gesamtösterreichischen Maßstab ein hoher Stellenwert einzuräumen.

Stand der Schulden Polens bei den österreichischen Kreditunternehmungen 1972 – 1976 (in Mio. S)

Jahresende	Kredite
1972	85
1973	1019
1974	1209
1975	2610
1976	8000

Quelle: österreichische Zahlungsbilanzen: Hsg. Österreichische Nationalbank

Diese positive Entwicklung wird vor allem durch eine überproportionale Erhöhung der österreichischen Exporte nach Polen bestimmt. Die Exporte, die 1973 rund 2,4 Milliarden S betrugen, beliefen sich 1974 auf rund 4,3 Milliarden S, was einer Steigerung von ca. 74 % entspricht." (Presse, 19.10.1977) Während die österreichischen Importe aus Polen in den Jahren 1975 und 1976 mit 2 bis 3 Milliarden S ziemlich gleich blieben, steigerte Österreich seinen Export nach Polen 1975 auf 5,7 Milliarden S und 1976 auf 6,7 Milliarden S.

Auch die Struktur des Warenhandels zwischen den beiden Ländern zeigt das Übergewicht Österreichs gegenüber Polen: Während die österreichischen Importe, ähnlich wie die aus den Entwicklungsländern, hauptsächlich aus Roh- und Grundstoffen bestehen (50 % der Importe aus Polen entfallen auf Kohle, Koks und Briketts), dominieren bei den österreichischen Exporten nach Polen die Halb- und Fertigwaren.

„Hinsichtlich dieser Erzeugnisse ist es der österreichischen Exportwirtschaft gelungen, 1975 ihre Marktposition bei Eisen und Stahl, Metallwaren, Papier und Papierprodukten zu festigen bzw. zu verstärken. Die zweitwichtigste Position sind 'Maschinen und Verkehrsmittel', mit ca. 30 %, repräsentiert durch Bahnbaumaschinen sowie Maschinen und Einrichtungen für den Investitionsgütersektor" („Presse", 19. 10. 1976). Insgesamt ist es den österreichischen Imperialisten in den letzten Jahren gelungen, ihr relatives Gewicht gegenüber den anderen westlichen Imperialisten zu erhöhen, sodaß Österreich derzeit im Handel mit Polen bereits den 8. Platz einnimmt.

Neben der Schaffung von günstigen Bedingungen für die Eroberung des polnischen Marktes durch österreichische Waren bieten die Kredite ein wichtiges Mittel zur Sicherung des Bezugs von billigen Rohstoffen aus Polen. Da Polen derzeit keine Möglichkeit hat, die gewährten Kredite direkt zurückzuzahlen, kann in vielen Fällen nur eine Kompensation durch die Lieferung von Kohle erfolgen. So gewährten die österreichischen Kreditinistitute 1975 an Polen einen Kredit in der Höhe von 5 Milliarden S für den Ankauf von Hüttenerzeugnissen bei der Vöest-Alpine. Durch einen Kompensationsvertrag sicherte sich die Vöest dafür bis 1985 die Lieferung von polnischer Kohle im Wert von 6 Millarden Schilling.

Was die österreichischen Imperialisten neben der Versorgung mit Rohstoffen bei den Wirtschaftsbeziehungen mit Polen besonders lockt, ist die sogenannte „Kooperation auf Drittmärkten".

„Neben der bilateralen Zusammenarbeit entwickelt sich in letzter Zeit in immer stärkerem Ausmaß die Zusammenarbeit bei der Realisierung von schlüsselfertigen Industrieanlagen auf dritten Märkten, insbesondere in Entwicklungsländern.

Die 10 Hauptschuldnerländer der österreichischen Kreditunternehmungen Stand der Schulden (in Mio. S)

Länder	Stand Ende 1976
1. Polen	8.000
2. DDR	4.915
3. BRD	4.555
4. Ungarn	2.547
5. Jugoslawien	2.277
6. UdSSR	2.085
7. Schweiz	2.065
8. Spanien	1.789
9. USA	1.596
10. Großbritannien	1.362

(Quelle: Der Auslandsstatus der österreichischen Kreditunternehmungen 1972 – 1976, Hsg. Österreichische Nationalbank

Unter den österreichischen Partnern gestaltete sich bisher die Drittlandszusammenarbeit mit Polen am erfolgreichsten" (Presse, 19. 10. 1976).

Neben der Sicherung des polnischen Marktes die Eroberung der Märkte der Entwicklungsländer - das ist es, wonach sich die Imperialisten die Finger lecken. Besonderen Erfolg hatte bisher dabei die Vöest-Alpine. Zusammen mit dem polnischen Handelsunternehmen Polimex-Cekop gelang der Vöest der Abschluß eines Auftrages für je eine Großraffinierie im Kongo und in Mauretanien. Der Vöest kam dabei zugute, daß die Polimex-Cekop bereits über feste Wirtschaftsbeziehungen mit den afrikanischen Ländern verfügte. Vor kurzem gelang es der Vöest, einen weiteren Vertrag über die Errichtung einer Zellstoffabrik im Kamerun gemeinsam mit polnischen Firmen zum Abschluß zu bringen. Die österreichischen Imperialisten nützen bei diesen Geschäften die wirtschaftliche Schwäche und die hohe Verschuldung Polens an Österreich aus und bedienen sich der Wirtschaftsbeziehungen ihrer polnischen „Partner", um für sich selbst den fettesten Fisch zu angeln.

VR-China: Einberufung des V.Nationalen Volkskongresses im Frühjahr 1978

Dies wurde auf der am 23. und 24. Oktober stattgefundenen 4. Tagung des Ständigen Ausschusses des IV. Nationalen Volkskongresses der VR China beschlossen. Die Legislaturperiode des IV. Nationalen Volkskongresses, dessen erste Tagung im Jänner 1975 stattfand, hätte eigentlich bis 1980 dauern sollen. In seiner Rede vom 23. Oktober (deren voller Wortlaut auf deutsch in der Peking Rundschau Nr. 45 veröffentlich wird) begründete Genosse Hua Guofeng, Vorsitzender des ZK der KP Chinas, den Vorschlag zur vorzeitigen Einberufung eines neuen Nationalen Kongresses: Nach dem Tod des großen Führers und Lehrers, des Vorsitzenden Mao Tsetung und seiner engen Kampfgefährten Tschu Teh und Tschou En-lai, und nachdem die auf Usurpation der höchsten Partei- und Staatsmacht abzielenden Pläne der „Viererbande" vereitelt wurden, ist China in ein neues Stadium seiner sozialistischen Revolution und seines Aufbaus des Sozialismus getreten. Die für dieses neue Stadium vom XI. Parteikongreß der KPCh festgelegte marxistische Linie hat die herzliche Unterstützung des ganzen chinesischen Volkes gewonnen. Doch „um weiterhin den üblen Einfluß der 'Viererbande' in der Staatsmacht auszurotten, die Erfolge der Großen Proletarischen Kulturrevolution politisch und organisatorisch zu konsolidieren und weiterzuentwickeln, durch Anpacken des Hauptkettengliedes des Klassenkampfes eine große Ordnung herbeizuführen, um die Diktatur des Proletariats zu festigen und zu stärken sowie den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft und Kultur zu beschleunigen, hält das ZK der KPCh eine vorzeitige Einberufung (des Nationalen Volkskongresses) für notwendig."

Schon vorher sollen neue Volkskongresse auf der Ebene der Provinz, Regierungsunmittelbaren Städte und Autonomen Gebiete einberufen werden.

Der Vorsitzende Hua betonte die Notwendigkeit, bei den kommenden Wahlen die Demokratie voll zur Geltung zu bringen und gemäß den Fünf Anforderungen an die Fortsetzer der revolutionären Sache und dem Prinzip der Dreier-Verbindung von Älteren, Mittelaltrigen und Jüngeren arbeits- und kampffähige Revolutionskomitees aufzustellen. Diese sollten, indem sie konsequent an der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao festhalten, die Richtlinien und politischen Anordnungen des ZK durchführen und zugleich eng mit den Massen verbunden sein.

Weiters kündigte der Vorsitzende Hua die Einberufung des 5. Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (ebenfalls für Frühjahr 1978) an, in dem auch patriotische, demokratische Parteien und Persönlichkeiten, Landsleute aus Taiwan, Hongkong, Makao und Überseechinesen vertreten sind.

(nach „Hsinhua News Agency", 24.10.77.)

60. Jahrestag der Oktoberrevolution

Im Bild zwei turkmenische Bauern, die die Dekrete der Sowjetmacht lesen. Die Oktoberrevolution, die den gesamten Staatsapparat der Bourgeoisie zerschlug, machte der brutalen Unterdrückung der nicht-großrussischen Nationalitäten ein Ende. Die Sowjetmacht beseitigte unverzüglich alle nationalen Privilegien, zerschlug das zaristische Völkergefängnis und räumte allen Nationalitäten, die sich freiwillig dem Sowjetstaat – einer freien Föderation – anschließen wollten, das Recht auf Lostrennung ein.



Diese Maßnahmen verstärkten das Vertrauen der unterdrückten Völker des alten Rußland, vor allem des Ostens, in den Kommunismus, die Bolschewiki und die Sowjetmacht.



In der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober (7./8. November) 1917 gab das Revolutionäre Militärkomitee den Befehl zum Sturm auf den Winterpalast. Offiziersschüler leisteten den heranrückenden Arbeitern, Matrosen und Soldaten Widerstand, aber nach wenigen Stunden war der Kampf beendet, der Winterpalast besetzt und die Provisorische Regierung verhaftet – der bewaffnete Aufstand in Petrograd hatte gesiegt. Die Praxis bewies: Der bürgerliche Staat „kann durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) nicht auf dem Wege des 'Absterbens' gelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution." (Lenin) Einige Jahrzehnte später schrieb Mao Tsetung, gestützt auf diese Erfahrungen: „Die Erfahrungen des Klassenkampfs in der Epoche des Imperialismus lehren uns, daß die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen die bewaffnete Bourgeoisie und die bewaffneten Großgrundbesitzer nur durch die Macht des Gewehrs besiegen kann; in diesem Sinne dürfen wir sagen, daß die ganze Welt nur mit Hilfe des Gewehrs umgestaltet werden kann."

Es lebe die Große Sozialistische Oktoberrevolution!



Ausbildung von Petrograder Arbeitern in der Handhabung der Waffe. Auf diese Roten Garden stützten sich die Bolschewiki im bewaffneten Aufstand und sie bildeten später den Keim der Roten Armee und Proletarischen Miliz. Kurz nach der Februarrevolution hatte Lenin schon festgestellt: „Wir brauchen einen Staat, aber *nicht* einen solchen, wie ihn die Bourgeoisie braucht, mit Machtorganen, die vom Volk getrennt sind und dem Volk entgegengestellt werden, wie Polizei, Armee und die Bürokratie (Beamtentum). Alle bürgerlichen Revolutionen haben *diese* Staatsmaschine lediglich vervollkommnet, lediglich einer Partei genommen und einer anderen übergeben.

Das Proletariat aber muß, wenn es die Errungenschaften der gegenwärtigen Revolution behaupten und weitergehen will, wenn es Frieden, Brot und Freiheit erringen will, diese 'fertige' Staatsmaschine, um Marx' Worte zu gebrauchen, *'zerbrechen'* und sie durch eine neue ersetzen, bei der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem *bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk zu einer Einheit verschmolzen* sind."



Nach dem siegreichen bewaffneten Aufstand verkündete der 2. Gesamtrussische Sowjetkongreß den Sieg der Revolution und den Übergang der Macht an die Sowjets im ganzen Land. Die dabei gefaßten Beschlüsse, deren wichtigste die Dekrete über den Frieden und über den Grund und Boden waren, wurden im ganzen Land verkündet – hier bei einer Arbeiterversammlung in den Petrograder Putilov-Werken am 27. Oktober (9. November). Die Sowjet-Demokratie unterscheidet sich grundlegend von der bürgerlichen Demokratie. „.... die Arbeiter wissen und empfinden, sehen und fühlen ausgezeichnet, daß das bürgerliche Parlament eine ihnen *fremde* Einrichtung ist, ein *Werkzeug zur Unterdrückung* der Proletarier durch die Bourgeoisie, eine Einrichtung der feindlichen Klasse, der ausbeutenden Minderheit.

Die Sowjets sind die unmittelbare Organisation der werktätigen und ausgebeuteten Massen selbst, die es ihnen *erleichtert*, den Staat selbst einzurichten und in jeder nur möglichen Weise zu leiten. Gerade die Vorhut der Werktätigen und Ausgebeuteten, das städtische Proletariat, erhält hierbei den Vorzug, da es durch die Großbetriebe am besten vereinigt ist; es kann am leichtesten wählen und die gewählten Deputierten kontrollieren. Die Sowjetorganisation *erleichtert* automatisch den Zusammenschluß aller Werktätigen und Ausgebeuteten um ihre Vorhut, das Proletariat. Der alte bürgerliche Apparat – das Beamtentum, die Privilegien des Reichtums, der bürgerlichen Bildung, der Beziehungen usw. (diese tatsächlichen Privilegien sind um so mannigfaltiger, je entwickelter die bürgerliche Demokratie ist) – all das fällt bei der Sowjetorganisation fort. Die Pressefreiheit hört auf, Heuchelei zu sein, denn die Druckereien und das Papier werden der Bourgeoisie weggenommen. Das gleiche geschieht mit den besten Baulichkeiten, den Palästen, Villen, Herrensitzen." Lenin

„ **An der Spitze der Arbeiterklasse stand eine in politischen Kämpfen so erprobte Partei wie die Partei der Bolschewiki.** Nur eine Partei wie die Partei der Bolschewiki, genügend kühn, um das Volk zum entscheidenden Sturmangriff zu führen, und genügend umsichtig, um alle und jegliche Klippen auf dem Wege zum Ziele zu umgehen – nur solch eine Partei war imstande, mit derartigem Können so verschiedenartige revolutionäre Bewegungen zu einem einheitlichen revolutionären Strom zu vereinigen, wie die allgemein-demokratische Bewegung für den Frieden, die bäuerlich-demokratische Bewegung für die Besitzergreifung der Gutsbesitzerländereien, die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker für nationale Gleichberechtigung und die sozialistische Bewegung des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats."
Stalin



(Stalin und Mao Tsetung) – Nach dem Tode Stalins, der den Leninismus verteidigte gelang es den modernen Revisionisten unter Chruschtschow die Macht an sich zu reißen und den Kapitalismus zu restaurieren. Die Sowjetunion ist heute ein imperialistischer Staat unter der Herrschaft einer bürokratischen Monopolbourgeoisie. Mao Tsetung zog die Lehren aus dieser Entwicklung und faßte sie in der Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats zusammen. Das Erbe der russischen Oktoberrevolution wird heute verteidigt nicht von den modernen Revisionisten in der Sowjetunion, sondern von den wahrhaft sozialistischen Ländern, allen voran der VR China und der SVR Albanien.